

E & W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 02/2023



GEW VS. BRD

Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird über das Beamtenstreikrecht verhandelt. **Seite 20**

ALARMSTUFE ROT

Der Lehrkräftemangel hat dramatische Ausmaße angenommen. Eine absehbare Katastrophe. **Seite 26**

SCHLEICHENDER PROZESS

Warum nicht nur (mehr) Geld gegen Armut hilft. Beobachtungen eines Schulsozialarbeiters. **Seite 32**

Jetzt kommt Kurth ... schnell • bequem • preiswert



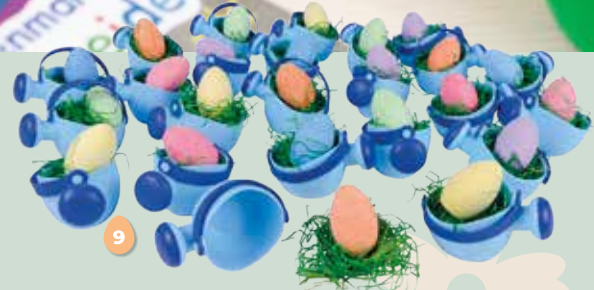
jetzt-kommt-kurth.de/ostern

KuKiMa

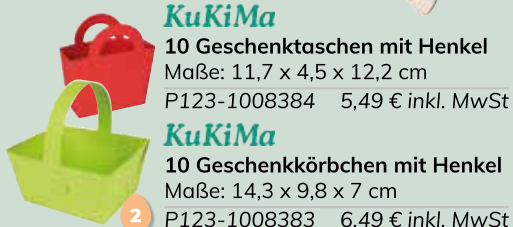
Hasenkörbchen
Bausatz aus Holz, 1 Stück
Maße (LxBxH): ca. 11 x 9 x 14 cm
P123-1008448 0,99 € inkl. MwSt



Straßenmalkreiden,
4 Farben im Kartonetui
P123-1008082
0,79 € inkl. MwSt
Warnhinweis: K3.



24er-Osterset
Gießkanne „Soft“ mit 24 Kreideeiern
24 Gießkannen „Soft“ mit 24 Kreideeiern gefüllt
und dazu 4 Beutel Ostergras.
P123-10487-?? 30,95 € inkl. MwSt



KuKiMa

10 Geschenktaschen mit Henkel
Maße: 11,7 x 4,5 x 12,2 cm
P123-1008384 5,49 € inkl. MwSt

KuKiMa

10 Geschenktäschchen mit Henkel
Maße: 14,3 x 9,8 x 7 cm
P123-1008383 6,49 € inkl. MwSt

Magische Handtuch
„Osterei“, 1 Stück
Endformat 30 x 30 cm
P123-060154



1,59 € inkl. MwSt

Osterkörbchen
„Regenbogen“
Maße (HxØ):
15 x 6,5 cm



7,25 € inkl. MwSt

12 Osterkörbchen aus
3D-Wellpappe
P123-010469

24 Osterkörbchen aus Fotokarton
P123-010468 7,95 € inkl. MwSt

Chicken Shaker
Beim Schütteln
rasseln die
Chicken Shaker.
Maße (Ø): 3,8 cm
P123-10113-?



1,65 € inkl. MwSt



30 50 40

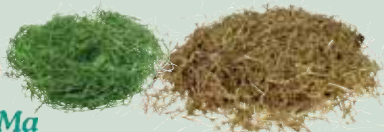
Hasenbeutel
„natur“, 1 Stück
Maße (HxB):
ca. 24 x 14 cm
Material: 50 % Polyester,
50 % Baumwolle.
P123-1009596
1,49 € inkl. MwSt



KuKiMa

Bergwiesenheu, 50 g 17,80 € / 1 kg
P123-1007416 0,89 € inkl. MwSt

Ostergas, 30 g 21,67 € / 1 kg
P123-1007417 0,65 € inkl. MwSt



Kreide-Eier,
farbig sortiert
Höhe etwa 6 cm
Warnhinweis: K3.



6 Kreide-Ei „marmoriert“
P123-1008424 1,84 € inkl. MwSt

6 Kreide-Ei „uni“
P123-010909 1,84 € inkl. MwSt

Flummi
„Regenbogeneier“,
Ø ca. 45 mm
P123-0601043 0,85 € inkl. MwSt



Unseren Hauptkatalog online blättern
oder kostenlos anfordern auf
www.jetzt-kommt-kurth.de
oder telefonisch unter 02166 / 96 505 - 05



ENTDECKEN SIE UNSERE WELT!



Preise gültig bis zum 31.03.2023 – K3: Achtung! Nicht geeignet für Kinder unter 3 Jahren. Erstickungsgefahr durch (verschluckbare) Kleinteile!

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Tarifrunde Bund und Kommunen 2023

Erzieherinnen über ihren Beruf: Geld und Liebe	6
Worum geht es? – Profis brauchen mehr!	10
Tarifforderung: Notwendig und sinnvoll	14
Interview: Gesucht: guter Lohn	18



Foto: Ballhaus West

Tarif- und Beamtenpolitik

Beamtenstreikrecht: GEW vs. BRD	20
---------------------------------	----



Ergänzender Beitrag auf der GEW-Website:
Interview mit Klägerinnen und Klägern unter
gew.de/ew-2-23

Schule

Geflüchtete: Mehr als ein Jahr ohne Schule	24
„Bildungsarmut“: Es fehlt nicht nur das Geld	32

Hintergrund

Lehrkräftemangel an Schulen

Wo sind sie denn, die Lehrer?	26
Große Engpässe in den Grundschulen	30

Internationales

Guatemalas „Schule der Hoffnung“	36
Interview: „Viele dubiose Freiwilligenprojekte“	40

Nachruf

Axel Troost: Ein schwerer Verlust	42
-----------------------------------	----

Mitgliederforum

43

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew



Grafik: zplusz

ALARMSTUFE ROT!

Das größte Problem an Deutschlands Schulen ist aus Sicht der Schulleitungen der Mangel an pädagogischem Personal. Zu diesem Ergebnis kommt das Mitte Januar veröffentlichte Deutsche Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung, für das ausschließlich Schulleiterinnen und -leiter befragt wurden. Zwei Drittel (67 Prozent) halten den Personalmangel für die größte Herausforderung an ihrer Schule. Mit 80 Prozent werden die fehlenden Lehrkräfte besonders häufig an Schulen in sozial schwieriger Lage genannt.

„Der eklatante Lehr- und Fachkräftemangel ist die Achillesferse des Schulsystems. Er bremst nicht nur nahezu jedes schulpolitische Reformvorhaben aus, sondern gefährdet mittlerweile die Bildungsanstrengungen in Deutschland insgesamt“, kommentierte GEW-Vorstandsmitglied Anja Bensinger-Stolze die Ergebnisse des Schulbarometers. Die Schulexpertin forderte ein bundesweit konzertiertes Vorgehen. Die GEW hat in ihrem „15-Punkte-Plan gegen den Lehrkräftemangel“ (s. auch Seite 26 ff.) entsprechende Vorschläge erarbeitet und bietet der Politik dazu Verhandlungen an. Siehe Berichterstattung auf der GEW-Website: gew.de/ew-2-23

GEW-ERFOLG: IN HESSEN KOMMT A13/E13

Die Erhöhung der Eingangsbesoldung aller verbeamteten Grundschullehrkräfte von A12 auf A13 (E13 für Angestellte) kommt nun auch in Hessen. Das haben Boris Rhein (CDU), hessischer Ministerpräsident, und Alexander Lorz (CDU), hessischer Kultusminister,

in Wiesbaden angekündigt. Nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen folgt mit Hessen das nächste große westdeutsche Flächenland mit der Anhebung der Bezahlung für Lehrkräfte an Grundschulen. Damit gelingt der GEW nach zahlreichen Demonstrationen und Aktionen des Landesverbandes Hessen ein weiterer Erfolg (s. E&W 12-2022/1-2023).

Heike Ackermann, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen und selbst Grundschullehrerin, freute sich über diesen Erfolg: „Für die rund 18.000 Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen, die derzeit noch schlechter bezahlt werden als alle anderen Lehrämter, ist heute ein sehr guter Tag. Sie werden von diesem Erfolg der GEW deutlich profitieren.“ (s. Seite 30 f.)

MANGEL FÜR EIN JAHRZEHNT

Die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Astrid-Sabine Busse (SPD), rechnet damit, dass Deutschland noch länger mit dem Problem des Lehrkräftemangels zu kämpfen hat. „Ich denke, wir haben noch mindestens zehn Jahre damit zu tun“, sagte die SPD-Politikerin und Berliner Bildungssenatorin Mitte Januar in Berlin. In allen Berufsfeldern herrsche Fachkräftemangel. Es handele sich um ein demografisches Problem, sagte Busse, die zum Jahreswechsel turnusgemäß die Präsidentschaft der KMK übernommen hatte. Die Ursache sieht sie in gesunkenen Geburtenzahlen in bestimmten Jahren und in der Tatsache, dass frühere geburtenstarke Jahrgänge nun langsam in den Ruhestand gehen (s. Seite 26 ff.).

BILDUNGSMESSE „DIDACTA“ IN STUTTGART

Die weltweit größte Fachmesse für Bildung „didacta“ findet vom 7. bis 11. März in den Messehallen Stuttgart statt. Die GEW ist wieder mit dabei und freut sich, Euch an ihrem Stand zu begrüßen. Hier erwarten Euch gute Gespräche, Infomaterial und eine kleine Auszeit bei Kaffee oder Tee. Für junge Mitglieder sowie Referendarinnen und Referendare hat der GEW-Landesverband Baden-Württemberg ein spezielles Beratungsangebot und Aktionen am Schulstand (Halle 3, Stand D81) geplant.

PRÄMIE DES MONATS



Februar: Bambus-Schneidebrett mit Auffangschalen

Das Küchenbrett aus Bambus mit den ausgeklügelten und perfekt passenden Auffangschalen spart Zeit und Nerven beim Kochen, egal ob beim Gemüse schnippeln oder Obst schneiden.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/prämie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

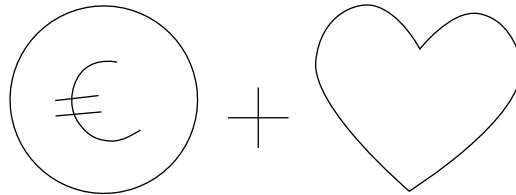
Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

GELD UND LIEBE



ESTHER GEISSLINGER
freie Journalistin

Drei Erzieherinnen über ihren Traumberuf und die Chancen, gemeinsam etwas zu verbessern

Daniela Meyer sitzt in einem Café in Hamburg und spricht über die Liebe. Ihre eigene Liebe zur Natur und zu den Kindern, die sie betreut, und die Liebe, die in der Gesellschaft heute so oft fehlt. „Der Stress wird immer größer“, sagt sie. Sie spürt es an den Eltern, die morgens hektisch ihre Kinder in der Kita abgeben, an den Kleinen, die lange brauchen, bis sie sich auf Beziehungen einlassen. Mit Sorge sieht sie die Spaltung in der Gesellschaft, die sich in der Corona-Zeit noch vertieft hat. Auch für sie waren die Jahre der Pandemie „der Horror, weil ich eigentlich alle Menschen umarme, und das durfte ich nicht“, sagt die schlanke Frau mit den halblangen Haaren und braunen Augen, die selbst dann lachen, wenn sie ernste Dinge berichtet.

Für andere etwas zu tun, sich einzusetzen, das sei ihre Natur, erzählt sie: „Schon in der Schule hat eine Lehrerin gesagt, ich müsse in einen sozialen Beruf.“ Ein Lehramtsstudium kam nicht in Frage, auch aus finanziellen Gründen. Meyer zog mit 18 Jahren von zu Hause aus und musste neben der Ausbildung zur Kinderpflegerin jobben,

obwohl ihre Mutter und die Großeltern sie unterstützten. Für die weiterführende Ausbildung zur Erzieherin erhielt sie BAföG; das Darlehen zahlt sie, mit jetzt 42 Jahren, immer noch zurück. Geld ist, neben Liebe, das zweite Thema, um das Meyer sich Sorgen macht.

„Mir graut vor der Nebenkostenabrechnung“, sagt die alleinstehende Hamburgerin. Ihr großes Aquarium, ein langjähriges Hobby, wird sie abschaffen, die Fische verschenken: Der Strom für den Betrieb des Warmwasserbeckens wird ihr zu teuer. Bereits jetzt spart sie, wo es geht. „So bin ich erzogen, das macht mir nichts aus“, sagt sie. Dennoch hatte sie gehofft, nicht mehr am Ende jeden Monats „nachdenken zu müssen, ob ich mit Freundinnen ausgehen oder mir das gute Fleisch leisten kann“. Früher arbeitete Meyer bei einem Träger, der untertariflich bezahlte. Nach dem Wechsel in eine andere Kita mit Tariflohn ging es ihr finanziell endlich besser. Dann kam das Jahr 2022 mit Krieg, Inflation und rasant steigenden Energiekosten.

Sorgen wegen hoher Mieten und steigender Nebenkosten

Nicht nur in Hamburg, sondern auch in Rostock, rund 200 Kilometer entfernt, steigen die Preise. „Es explodiert alles“, sagt Varsenik Vardanyan. „Unglaublich, was man hier inzwischen für eine Zwei-Raum-Wohnung zahlt.“ Dazu kommen die Nebenkosten – die Steigerungen für Strom und Heizung spürt die Erzieherin deutlich im Portemonnaie.

ERZIEHERIN DANIELA MEYER MUSS JEDEN EURO ZWEIMAL UMDREHEN. „MIR GRAUT VOR DER NEBENKOSTENABRECHNUNG“, SAGT DIE 42-JÄHRIGE HAMBURGERIN.



10,5 PROZENT MEHR GEHALT - MINDESTENS 500 €

GEW PROFIS BRAUCHEN MEHR
TARIFRUNDE TVöD 2023

Foto: 181frames

Genau wie bei Meyer war frühkindliche Bildung immer Vardanyans Traumberuf: „Schon als ich als Jugendliche auf meine kleinere Schwester und andere Kinder aufgepasst habe, spürte ich eine besondere Verbindung. Ich bin neugierig auf Kinder – und die mögen mich.“ Als Erstes würden viele Mädchen und Jungen nach ihrem Namen fragen, berichtet die 29-Jährige lächelnd. Ihr Vorname klinge für deutsche Ohren eher männlich, ist aber ein armenischer Frauenname: „Varsenik bedeutet

lange Haare“, verrät Vardanyan, die tatsächlich eine dicke, lange Haarmähne hat.

Bereits als Schülerin absolvierte sie Praktika in einem Kinderhort, direkt nach der zehnten Klasse bewarb sie sich für eine Ausbildung zur Sozialassistentin. „Ich habe von allen Seiten die Rückmeldung bekommen, dass dieser Beruf meine Berufung ist.“ Seit 2015 arbeitet sie nun in einer Kindertagesstätte mit über 600 Mädchen und Jungen in Rostock. In der Stadt an der Ostsee lebt

>>>



FÜR VARSENİK VARDANYAN WAR DIE ARBEIT IN DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG SCHON IMMER DER TRAUMBERUF. DOCH DIESER MÜSSE AUCH ANSTÄNDIG ENTLOHNT WERDEN, FINDET DIE 29-JÄHRIGE AUS ROSTOCK.

Foto: 18frames

>>> Vardanyan inzwischen auch. Aufgewachsen ist sie in einem Dorf in der Nähe, aber die tägliche Anfahrt war der Mutter einer Tochter zu weit. Nach einem Jahr Elternzeit fing Vardanyan wieder an zu arbeiten. Ihr Kind, das in diesem Jahr den sechsten Geburtstag feiert, erhielt einen Platz in derselben Kita, in der die Mutter arbeitet. Anfangs war das schwierig, weil die Kleine nicht verstanden hat, „dass ich mich auch um alle anderen kümmern muss“, lacht die Erzieherin, die im Krippenbereich für die Kleinsten zuständig ist. So viel Spaß die Arbeit auch bringt, der anstrengende Alltag macht ihr zu schaffen. Vor allem der hohe Lärmpegel und die großen Gruppen tragen dazu bei. 2015 lag die Gruppengröße bei ihrem Kita-Träger bei 18 Mädchen und Jungen. „Ich habe gespürt, dass ich an meine Grenzen kam“, sagt Vardanyan.

Damals trat sie in die GEW ein, vor allem dank ihrer Kollegin Claudia Köster. Diese wollte nach dem Abitur eigentlich auf Lehramt studieren, machte aber zunächst ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer Kita – und blieb dann dabei. Nach ihrer Ausbildung zur Erzieherin fing die heute 33-Jährige 2012 bei demselben großen Träger in Rostock an wie später Vardanyan.

Gewerkschaftliches Engagement ist wichtiger denn je.

Nach einiger Zeit fiel Köster, die die Elementarkinder betreut, etwas auf: „Kolleginnen, die bei anderen Trägern arbeiteten, verdienten mehr als ich.“ Fair fand sie das nicht. „Ich habe die GEW angerufen und gefragt: ‚Wie schaffen wir es, dass unser Gehalt angeglichen wird?‘ Die Antwort lautete: ‚Organisiert euch.‘“ Köster trug die Botschaft weiter, es gab eine wahre Eintrittswelle. „Wir haben 300 von 400 Leute gekriegt“, erinnert sie sich zufrieden. „Dann waren wir stark genug für Verhandlungen.“ Der Träger ließ sich darauf ein, die Gruppen zu verkleinern – das war gut für die Beschäftigten, aber auch ein Vorteil für deren Schützlinge: „Wenn weniger Kinder in der Gruppe sind, spielen sie intensiver, und es ist ruhiger. So können wir uns mehr um die kümmern, die besondere Förderung brauchen“, sagt Vardanyan. Köster hat eine Lehre aus den damaligen Erfahrungen gezogen: „Niemand setzt sich für uns ein. Das müssen wir schon selbst tun.“ Die zweifache Mutter – ihr älterer Sohn ist fünf Jahre alt, der jüngere kam 2020 zur Welt, mitten in der Corona-Pandemie – engagiert sich weiterhin in der Bildungsgewerkschaft und gehört heute dem Landesvorstand der GEW Mecklenburg-Vorpommern an. Ihr Engagement sei wichtiger denn je, schließlich werde die Arbeit, die die Erzieherinnen und Erzieher zu leisten haben, immer anspruchsvoller, sagt Köster: „Wir sollen fördern und bilden, Bindung aufbauen, die Grundlagen für das Lernen in der Schule legen. Die Anforderungen wachsen, gleichzeitig wird die frühkindliche Betreuung immer noch stiefmütterlich behandelt.“

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, sich nicht nur darauf zu verlassen, dass andere etwas tun.

In Hamburg rührt Meyer in ihrem Milchkaffee. Draußen rauscht der Straßenverkehr vorbei, der Himmel ist grau. Meyer ist eine Hamburger Deern, das typisch norddeut-

sche Schmuddelwetter kennt sie von kleinauf, aber in ihrer Freizeit zieht es sie in die Wärme und ans Meer:

„Ohne Wasser kann ich gar nicht.“

Vermutlich reicht das Geld im nächsten Urlaub aber wieder nur für die Ostsee. „Ich hatte auf das Weihnachtsgeld gehofft, um etwas zu sparen, aber meine Neffen brauchten Klamotten“, sagt sie, hebt die Achseln und lacht: „Vielleicht dumm, aber ich kann halt nicht aus meiner Haut.“

Für Meyer ist die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Ehrensache. Es sei wichtig, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels, sich nicht nur darauf zu verlassen, dass andere etwas tun, sich für Ehrenämter etwa in Personal oder Betriebsräten aufstellen lassen. Auch wenn sie scharf rechnen muss, die Beiträge für die GEW zahlt sie aus Überzeugung: „Ich find’s gut, dass es sie gibt. Und ich setze mich ein, wo ich kann.“

Mit 42 Jahren merkt Meyer allmählich, dass die Arbeit sie mehr belastet als früher. Sie hat daher ihre volle Stelle reduziert: „Ich will ja auch noch etwas von meinem Leben haben.“ Gerade weil sie ihren Job so liebe, „möchte ich ihn mir nicht versauen lassen“.

Ihrer deutlich jüngeren Kollegin Vardanyan geht es ähnlich: „Der Beruf ist immer noch mein Traum, aber oft komme ich nach Hause und bin fix und fertig“, berichtet sie. „Alles, was ich an Geduld habe, bringe ich bei der Arbeit auf, und wenn ich zu Hause bin, ist nichts mehr für den Alltag übrig.“ Dennoch sei klar: „Man versucht, jeden Tag sein Bestes zu geben.“

Köster sieht mit Sorge, dass immer mehr Kita-Beschäftigte resignieren, krank werden, den Beruf wechseln. „Die Bedingungen lassen sich nicht so leicht verbessern, aber ein gutes Gehalt trägt dazu bei, die Arbeit attraktiver zu machen“, sagt sie.

Meyer in Hamburg hat einen Plan B: „Ich spiele regelmäßig Lotto“, verrät sie. Sollte eines Tages der große Gewinn dabei sein, weiß sie genau, was sie mit dem Geld anfangen würde. Sie träumt von einem Haus, irgendwo in Schleswig-Holstein und dicht am Meer für sie und ihre Mutter, mit viel Platz für Tiere und für eine kleine Kita, in der sie die Kinder so betreuen kann, wie sie es sich wünscht: mit Zeit, Ruhe – und ganz viel Liebe. ■

CLAUDIA KÖSTER AUS ROSTOCK IST MIT LEIB UND SEELE ERZIEHERIN. SIE FINDET, DASS ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER VIEL BESSER BEZAHLT WERDEN MÜSSTEN.

Foto: 18frames



**WOFÜR WIR EINSTEHEN,
WOFÜR WIR AUFSTEHEN.**

Grafik: Ballhaus West

PROFIS BRAUCHEN MEHR!

OLIVER BRÜCHERT, GESA BRUNO-LATOCHA, ANNABELL KOLBE
Referent und Referentinnen „Tarif- und Beamtenpolitik“
beim GEW-Hauptvorstand

Seit Januar 2023 verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen gilt.

Um wen und was geht es in dieser Tarifrunde?

Es geht um die Gehälter der fast 1,6 Millionen Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen: Rund 1,4 Millionen davon arbeiten im kommunalen öffentlichen Dienst, 150.000 beim Bund. Die Gewerkschaft ver.di ist im öffentlichen Dienst die Verhandlungsführerin, auch für >>>



GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

20,56 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

856,- €*

Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

41,70 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

507,20 €*

Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur

50,97 € p. Person

Insgesamt sparen Sie

1.047,- €*

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

>>> die DGB-Gewerkschaften GEW, GdP und IG BAU. Die TVöD-Tarifrunde ist in der GEW besonders für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst wichtig. Die Tarifabschlüsse mit den kommunalen Arbeitgebern wirken indirekt auch auf freie und kirchliche Träger im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes, deren Refinanzierung sich in den meisten Bundesländern am TVöD orientiert. Insgesamt arbeiten im Sozial- und Erziehungsdienst bundesweit mehr als eine Million pädagogische Fachkräfte. Davon sind fast 700.000 Beschäftigte in Kitas im Einsatz. Diese arbeiten etwa zu gleichen Teilen bei kommunalen, freien und kirchlichen Trägern. Der TVöD gilt aber auch für viele andere Berufsgruppen, etwa in der Sozialarbeit und -pädagogik. Auch viele weitere Beschäftigte profitieren unmittelbar von den Ergebnissen der TVöD-Tarifrunde. In der GEW sind das etwa angestellte Lehrkräfte an kommunalen Schulen in Bayern oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen des Bundes und Forschungseinrichtungen, die den TVöD anwenden. Die TVöD-Tarifrunde ist darüber hinaus für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes wichtig, denn die ausgehandelten Lohnerhöhungen werden in der Regel auf diese übertragen. Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Dienst der Kommunen richtet sich hingegen nach der Besoldung der Landesbeamten. Um deren Gehälter wird es erst im Herbst 2023 in der Länder-Tarifrunde gehen.



Was fordern die Gewerkschaften?

Weil die Preise für Heizung und Strom extrem stark steigen und beispielsweise auch Lebensmittel immer teurer werden, brauchen die Beschäftigten mehr Geld. Die Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro im Monat. Dieser Mindestbetrag ist eine soziale Komponente, mit der erreicht werden soll, dass die unteren Entgeltgruppen prozentual stärker angehoben werden. Für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie dual Studierende wollen die Gewerkschaften monatlich 200 Euro mehr durchsetzen. Zudem soll tariflich geregelt werden, dass Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernommen werden. Daneben wollen die Gewerkschaften die Tarifverträge zur Altersteilzeit verlängern, die Ende 2022 ausgelaufen sind. Auf weitere „Sonderforderungen“

haben die Gewerkschaften diesmal bewusst verzichtet, um alle Kraft in die dringend nötige Gehaltserhöhung zu stecken.

Wie wir unsere Forderungen durchsetzen

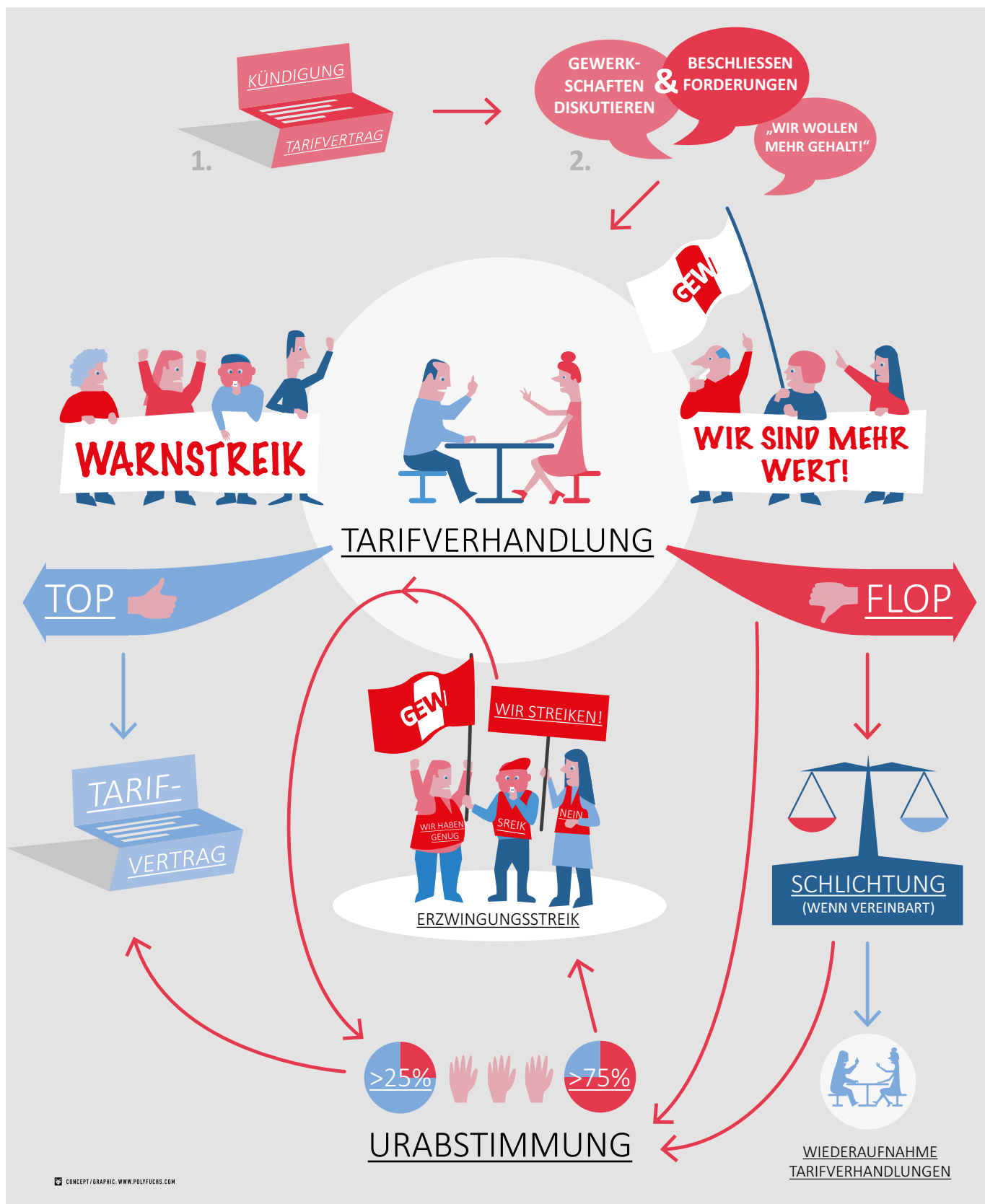
Tarifrunden im öffentlichen Dienst leben davon, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Denn anders als in privaten Unternehmen tun Warnstreiks dem Staat wirtschaftlich nur in wenigen Bereichen weh (beispielsweise Flughäfen oder Krankenhäuser). Überwiegend sparen die öffentlichen Arbeitgeber sogar, wenn sie für die Streiktage kein Gehalt zahlen müssen. Leidtragende sind meist unbeteiligte Dritte wie Eltern, Fahrgäste oder Behördenkunden. Deren Verständnis für die Streikenden und Unterstützung – und damit deren Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber, sich endlich am Verhandlungstisch zu bewegen – sind daher essenziell.

Ganz wichtig ist eine große Beteiligung an Warnstreiks, um den Arbeitgebern zu signalisieren, dass die Beschäftigten hinter den Gewerkschaftsforderungen stehen. Deswegen spielt die Streikbeteiligung in den Verhandlungen eine sehr wichtige Rolle. Wann und wo genau gestreikt wird, erfahren GEW-Kolleginnen und -Kollegen von ihrem Landesverband. Auch darüber hinaus können sie die Tarifrunde in vielerlei Hinsicht mitgestalten. Dabei wird die Rolle der sozialen Medien immer wichtiger: Beschäftigte können dort die Informationen der GEW liken, teilen, kommentieren und die gewerkschaftlichen Forderungen verbreiten. Und sie können Kolleginnen und Kollegen motivieren, ebenfalls mitzumachen.

Wieso wir mehr werden müssen

Das Tarifergebnis gilt rechtlich unmittelbar nur für die Mitglieder der vertragschließenden Gewerkschaften. Allerdings wenden Arbeitgeber den Tarifvertrag insbesondere im öffentlichen Dienst für alle Beschäftigten an, so dass alle mehr Geld bekommen. Damit wollen die Arbeitgeber verhindern, dass viele Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaft eintreten. Für Gewerkschaftsmitglieder ist es also folgerichtig, ihre Kolleginnen und Kollegen ebenfalls von einer Mitgliedschaft zu überzeugen. Denn es lohnt sich, in einer Gewerkschaft zu sein: Nur Mitglieder erhalten bei Arbeitskämpfen Streikgeld und Rechtsbeistand. Außerdem ermöglichen erst die Beiträge der Mitglieder, dass Gewerkschaften überhaupt Tarifverträge verhandeln können. In die GEW einzutreten, ist heute einfacher denn je: www.gew.de/mitglied-werden. ■

WIE FUNKTIONIERT EINE TARIFRUNDE?



SOZIALPOLITISCH NOTWENDIG, ÖKONOMISCH SINNVOLL



PROF. RUDOLF HICKEL

Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW), Uni Bremen

Die Forderung der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst Bund und Kommunen ist die tarifpolitisch adäquate Antwort in Zeiten der Polykrisen.

Die mehrfachen, sich wechselseitig verstärkenden Krisen erschüttern die Gesellschaft bis in die individuellen Lebensverhältnisse der Menschen hinein: die nicht

gebannte Corona-Krise, der aggressive Eroberungskrieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine und dann der vor allem durch die explodierenden Energie- und Rohstoffpreise angetriebene Inflationsschub. Überlagert werden diese Krisenprozesse durch die ungebremst voranschreitende Klimakatastrophe. Der Verlust an Kaufkraft durch die Geldentwertung vertieft zudem die soziale Spaltung. Die Armut steigt, die Belastungen durch die steigenden Preise in den lebensnotwendigen Warenkörben trifft auch die Beschäftigten auf breiter Front oft ziemlich hart.

Den Gewerkschaften stellt sich also die Frage, wie sie ihr Ziel, gute Arbeit denjenigen zu sichern, die von der Erwerbsarbeit abhängig sind, in der Polykrise durchsetzen. In den aktuellen Tarifrunden müssen

wichtige Entscheidungen über die Entlohnung und Arbeitsbedingungen getroffen werden. Schon ist von marktfundamentalen Hardlinern zu hören, mindestens eine Lohnpause sei geboten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) propagiert den Vorschlag, anstatt tarifwirksamer höherer Entgelte abgabenfreie Einmalzahlungen etwa bis zu 3.000 Euro in die „konzertierte Aktion“ einzubringen.

Das verfassungsrechtlich gewollte Tarifvertragssystem ist keine Schönwetterveranstaltung, die in stürmischen Zeiten ausgesetzt werden kann.

Dagegen steht: Das verfassungsrechtlich gewollte Tarifvertragssystem ist keine Schönwetterveranstaltung, die in stürmischen Zeiten ausgesetzt werden kann. Gerade jetzt kommt es darauf an, per Tarifpolitik „gute Arbeit“ auch zur Motivation der arg belasteten Beschäftigten kontinuierlich zu sichern. Dazu gibt es auch gesamtwirtschaftlich und auf die öffentliche Dienstleistungsproduktion speziell konzentriert starke Argumente für eine expansive Entgeltpolitik.

Hierbei steht die Inflationsrate im Mittelpunkt. Denn für die Entwicklung der sozioökonomischen Lage der Beschäftigten zählt die Reallohnsicherung. Die Rate des Verbraucherpreisindex, die im vergangenen November den Spitzenwert mit 10,4 Prozent erreichte, führt auch bei den Beschäftigten zu massiven realen Kaufkraftverlusten. Wenn diese nicht mehr durch den Rückgriff auf Ersparnis und auch durch Energieeinsparung abgefangen werden können, dann muss an anderer Stelle auf Konsumnachfrage verzichtet werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Tarifforderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) mit 10,5 Prozent gut begründet. Darüber hinaus muss die Tarifierhöhung monatlich mindestens 500 Euro erreichen. Diese Mindestsumme trägt der Tatsache Rechnung, dass die Belastung durch die Inflation bei den unteren Entgeltgruppen gegenüber dem Durchschnitt deutlich höher ist.

Selbstverständlich muss bei der allgemeinen Tarifforderung von 10,5 Prozent die zu erwartende Inflationsrate >>>

© didacta.com / bearbeitet: 01/2023, rudi.gregor



Messe Stuttgart
Mitten im Markt 

Hochkarätig, visionär und immer am Puls der Zeit – **die didacta ist das globale Forum für Bildung im Zeitalter der digitalen Transformation.** Freuen Sie sich auf neueste Technologien und zukunftsweisende Konzepte, auf Begegnungen und Kontakte, Diskussionen, Vorträge und Workshops.

- Die Themenbereiche:
- Frühe Bildung
 - Schule
 - Berufliche Bildung / myQ-Qualifizierung

7. – 11. März 2023
Messe Stuttgart

didacta
die Bildungsmesse

www.didacta-messe.de | [#didactamesse](https://twitter.com/didactamesse)

>>> in diesem Jahr berücksichtigt werden. Die vorliegenden Prognosen gehen insgesamt von einem allerdings nur schwachen Rückgang der Rate gegenüber dem vergangenen Jahr aus. Jedoch werden die trotz staatlicher Hilfen immer noch hohen Energie- und Lebensmittelpreise den Warenkorb der Beschäftigten vor allem im unteren Einkommensbereich stark belasten. Auch ist das Risiko einer plötzlich nach oben schnellenden Inflationsrate nicht von der Hand zu weisen. Schließlich wird mit der 10,5-Prozent-Forderung in der Tarifrunde für den Bereich des Bundes und der Kommunen eine Kompensation für deutliche Reallohnverluste vor allem im vergangenen Jahr angestrebt. Die Lohnformel dient zudem auch dazu, den Abstand gegenüber der Privatwirtschaft abzubauen und den öffentlichen Dienst für Fachkräfte attraktiv zu machen.

Die Forderungen der Gewerkschaften sind nicht maßlos.

Das tarifpolitische Paket der Gewerkschaften lässt sich gegen die Kritik einer „abenteuerlichen Maßlosigkeit“ ökonomisch und bezogen auf die öffentliche Dienstleistungsarbeit begründen:

- Die Sorge, auf einen kräftigen Schluck aus der Pulle könnten erhöhte Preise folgen, trifft nicht zu. Die Beschwörung der „Lohn-Preis-Spirale“ lenkt übrigens von den wahren Preistreibern ab. Es sind die marktmächtigen Unternehmen, die die steigenden importierten Angebotspreise dazu nutzen, ihre Gewinne durch exzessive Preisaufschläge zu steigern. Heute dominiert eher eine unternehmerisch getriebene Preis-Preis-Spirale. Die Rede ist von der Green- bzw. der Gierflation der monopolistisch positionierten Unternehmen. Abgesehen von der Herstellung fairen Wettbewerbs sollten die Übergewinne – vor allem in der Mineralölindustrie – abgeschöpft und die Einnahmen an die finanzschwachen Kommunen weitergereicht werden.
- Einer empirischen Überprüfung hält auch die Behauptung, die Tarifpolitik würde den wirtschaftlichen Absturz beschleunigen, nicht stand. Die erwartete gesamtwirtschaftliche Produktion wird sich nach dem überraschenden Zuwachs um 1,9 Prozent im vergangenen Jahr 2023 eher in der Zone einer allerdings schwachen Rezession (Prognose ifo-Institut: minus 0,1 Prozent) bewegen. Anstatt der Forderung nach Lohnzuwachsverzicht sollte über die Entgelte der

Beschäftigten die Massenkaukraft und damit die binnenländische Nachfrage gestärkt werden. Nicht diese Lohnpolitik, sondern die rigorose Zinswende der Europäischen Zentralbank steigert derzeit die Rezessionsgefahr. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten spricht ebenfalls nicht gegen eine expansive Lohnpolitik. Der Beschäftigtenzuwachs ist derzeit groß, die registrierte Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Dafür gibt es zwei Gründe: Durch die Sonderregelung zur Kurzarbeit können die unverschuldet in die Krise geratenen Unternehmen ihre Beschäftigten halten. Darüber hinaus erzwingt der anhaltende Fachkräftemangel ein Angebot an guter Arbeit durch angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Diesem Konkurrenzkampf um knappe Fachkräfte muss sich auch der öffentliche Dienst stellen.

Um seine Aufgaben ausreichend und hochwertig zu erfüllen, muss der Staat grundsätzlich in die Lage versetzt werden, sein Personal gut zu entlohnen. Auch deshalb steht die Reform der kommunalen Finanzen auf der Tagesordnung. Dazu gehört vor allem eine stärker auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Steuerreform etwa durch die Einführung einer Vermögensteuer, einer Übergewinnsteuer für die marktmächtigen Krisengewinner und eines Energie-Solis.

Aktuell stellt sich in dieser Tarifrunde dem Bund die Aufgabe, vor allem die finanzschwachen Kommunen bei der Finanzierung ihrer Investitions- und Sozialausgaben stärker zu unterstützen. Dazu sollte das derzeitige Programm „Kommunale Investitionsförderung“ ausgebaut werden. Der Bund hat die Möglichkeit, auch für die Kommunen strategisch wichtige Aufgaben nachhaltiger Zukunftsgestaltung finanziell zu unterstützen. Genutzt werden sollten Sonderfonds für wichtige Infrastrukturprojekte und den ökologischen Umbau. Die kameralistisch gedachte Schuldenbremse beim Bund und den Ländern darf einen funktionierenden öffentlichen Dienst mit angemessenen Gehaltserhöhungen nicht ausbremsen. ■



Grafik: Ballhaus West

FRONTAL- UNTERRICHT



Jetzt das aktuelle E-Book
„Planungshilfen für Klassenfahrten“
und weitere Materialien für Lehrende
kostenfrei erhalten:



SCAN MICH!

jugendherberge.de/lehrerzimmer



Gemeinschaft erleben
jugendherberge.de

GESUCHT: GUTER LOHN



Foto: WIFF/Astrid Klamm



*Erzieherin ist ein unglaublich wichtiger Beruf.
Fachkräfte prägen die Entwicklung der Kinder in den ersten Lebensjahren
und legen ein wesentliches Fundament für den weiteren Bildungsweg.*



PROF. KIRSTEN FUCHS-RECHLIN,
PROJEKTLEITERIN DER WEITERBILDUNGSINITIATIVE FRÜHPÄDAGOGISCHE FACHKRÄFTE (WIFF)
BEIM DEUTSCHEN JUGENDINSTITUT (DJI)

INTERVIEW: ANJA DILK
freie Journalistin

*Bessere Arbeitsbedingungen und
fachliche Entwicklungsmöglichkeiten
sind in den Kitas unabdingbar,
doch es braucht auch eine bessere*

*Bezahlung der Fachkräfte. Ein
E&W-Gespräch mit der Erziehungs-
wissenschaftlerin Prof. Kirsten
Fuchs-Rechlin.*

E&W: Landauf, landab ist das Personal in Kitas dramatisch knapp. Wie wichtig ist ein höheres Gehalt für die Bekämpfung des Personalmangels?

Prof. Kirsten Fuchs-Rechlin: In quantitativen Umfragen zeigt sich stets: Das Gehalt spielt eine große Rolle für die Beschäftigten in den Einrichtungen. Viele Fachkräfte wünschen sich eine bessere Bezahlung. Das ist nachvollziehbar. Erzieherin ist ein unglaublich wichtiger Beruf. Fachkräfte prägen die Entwicklung der Kinder in den ersten Lebensjahren und legen ein wesentliches Fundament für den weiteren Bildungsweg.

E&W: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) empfinden 81 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher ihr Gehalt als nicht angemessen. Das belastet sie.

Fuchs-Rechlin: Die Arbeit von Fachkräften in Kitas ist zweifelsohne enorm wichtig. Zumal die meisten Kinder mittlerweile ja nicht nur ein, zwei Jahre, sondern die komplette Kleinkindphase im Alter von zwei bis sechs Jahren in den Einrichtungen verbringen. Insofern wäre es völlig richtig, Erzieherinnen deutlich besser zu bezahlen und die Fachkräfte akademisch auszubilden. Dass gerade die Leitungskräfte, die oft mehrfachqualifiziert sind oder studiert haben, sowie die Kindheitspädagogen und -pädagoginnen besonders unzufrieden mit ihrer Bezahlung sind, ist erst recht verständlich.

E&W: Bei gleicher Tätigkeit bekommen sie ja auch nicht mehr als die Fachkräfte ohne Studium.

Fuchs-Rechlin: Ja, allerdings dürfen wir den Effekt des Gehalts auch nicht überbewerten. Wenn wir qualitative Interviews mit Erzieherinnen und Erziehern oder Leitungen machen, sehen wir durch die Bank in allen Untersuchungen, dass andere Aspekte noch wichtiger sind.

E&W: Welche sind das beispielsweise, auch wenn sie nicht Gegenstand der aktuellen Tarifrunde sind?

Fuchs-Rechlin: Ganz oben stehen die Arbeitsbedingungen und die Arbeit im Team. Wie ist der Personalschlüssel, wie groß sind die Gruppen, gibt es ausreichend Vor- und Nachbereitungszeiten? Solche Themen und Fragen müssen in einem Kita-Qualitätsgesetz geregelt werden. Diese strukturellen Aspekte hängen alle natürlich auch mit

der Finanzierung des Gesamtsystems Kita zusammen. In unseren Studien zum Übergang pädagogischer Fachkräfte in den Arbeitsmarkt und zu Berufswegen in der Kita hat sich darüber hinaus gezeigt, wie ungeheuer wichtig die fachliche Komponente für die Beschäftigten ist.

E&W: Also die Möglichkeit, sich inhaltlich weiterzuentwickeln?

Fuchs-Rechlin: Ja, gerade junge Beschäftigte wollen dazulernen, neue Methoden kennenlernen und ausprobieren, sich weiterqualifizieren, vielleicht spezialisieren. Sie wünschen sich vielfältige Optionen. Um die jungen Menschen dauerhaft zu binden, brauchten wir dringend so etwas wie systematische Fachkarrieren für Erzieherinnen und Erzieher – und Organisationsstrukturen, die diesem Bedürfnis Rechnung tragen.

E&W: Was sollte darüber hinaus geschehen, um den Beruf attraktiver zu machen?

Fuchs-Rechlin: Zunächst sollten wir aufhören, ihn schlechter zu reden als er ist. Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers ist durchaus attraktiv, nicht zufällig hat sich seit 2007 die Zahl der Menschen, die eine Ausbildung beginnen, auf heute 40.000 jährlich verdoppelt. Auffällig: Die Nachfrage nach dualer Ausbildung geht in allen Berufen zurück, während die nach schulischen Bildungsgängen steigt. Bei den Erzieherinnen und Erziehern ist das anders. Zunehmend sind Ältere dabei, die großen Wert auf eine Bezahlung während der Ausbildung legen. Wir haben auch immer mehr Männer im Bereich des pädagogischen Fachpersonals in den Kitas. Daher ist es wichtig, verschiedene Ausbildungswege anzubieten, um den Beruf noch attraktiver für unterschiedliche Zielgruppen zu machen.

E&W: Zum Beispiel?

Fuchs-Rechlin: Die vollzeitschulische Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher zieht eher die ganz Jungen an, weil sie mehr Freiräume bietet. Mit den verschiedenen Modellen der kompakteren berufsbegleitenden Ausbildungsgänge in den Bundesländern, also einem Mix aus Erwerbstätigkeit und schulischem Lernen, können wir leichter die Älteren mit Vorerfahrungen gewinnen. Natürlich muss man bei diesen Modellen sehr genau darauf achten, dass sie nicht zulasten der Fachkräfte vor Ort gehen. ■

1. MÄRZ IN STRASSBURG: GEW VERSUS BRD



GESA BRUNO-LATOCHA

Referentin Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand

Der 1. März 2023 ist für die GEW ein herausragend wichtiger Tag: In mündlicher Verhandlung werden vor der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg die Beschwerden von vier GEW-Mitgliedern gegen das Beamtenstreikverbot in Deutschland verhandelt.

Die drei Kolleginnen und ein Kollege, deren Beschwerden verhandelt werden, waren in den Jahren 2009 und 2010 in vier Bundesländern Warnstreikaufrufen der GEW gefolgt. Dabei ging es zum Teil um die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten und zum Teil um die Abwehr von Verschlechterungen in der Pflichtstundenverordnung des Landes Schleswig-Holstein. Alle vier hatten mit GEW-Rechtsschutz gegen die daraufhin verhängten

Disziplinarmaßnahmen geklagt. Mehrere Urteile des EGMR hatten die GEW ermutigt, diesen Weg zu beschreiten. Die EGMR-Entscheidungen sahen in dem pauschalen Beamtenstreikverbot der Türkei einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Widerspruch zwischen EMRK und deutscher Rechtslage haben mehrere Gerichte in Deutschland gesehen, auch das Bundesverwaltungsgericht 2015. Andere Gerichte lehnten diese Sichtweise ab oder erklärten sich für nicht befugt, solche Fragen zu entscheiden.

Kein anderes demokratisches Land verbietet Streiks unabhängig von der Tätigkeit.

2018 bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) letztinstanzlich das Beamtenstreikverbot. Es begründete seine Entscheidung damit, dass sich das Beamtenstreikverbot zwingend aus den „hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums“ (einem „ungeschriebenen Gesetz“) ergebe. Dahinter müsse die in Artikel 9 des Grundgesetzes garantierte Koalitionsfreiheit der Beschäftigten, die das Streikrecht begründet, zurückstehen. Die GEW hatte dieses Urteil kommen sehen und daher schon bei der Entscheidung, die Disziplinarmaßnahmen rechtlich anzugreifen, erklärt, nötigenfalls bis zum EGMR zu gehen. Die Bundesrepublik Deutschland steht wegen des Beamtenstreikverbots seit Jahrzehnten in der Kritik internatio-

ner Organisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der UN-Komitees für Menschenrechte und für Sozialschutz, dem Europäischen Komitee für Soziale Rechte oder dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Das ficht die verschiedenen Bundesregierungen (egal welcher politischen Couleur) aber nicht an, sie verteidigen das Streikverbot stets mit Verweis auf die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, diese seien zentraler Bestandteil der deutschen Staatsarchitektur. Entsprechend argumentiert die Bundesregierung – gestützt auf das Urteil des BVerfG – auch in dem vorliegenden Verfahren.

Für Menschen aus anderen demokratischen Ländern mutet diese Argumentation sehr befremdlich an. Viele europäische Länder kennen einen Beamtenstatus mit Lebenszeitprinzip und Alimentationsanspruch – auch und nicht zuletzt für Lehrkräfte an staatlichen Schulen. Doch kein Land käme auf die Idee, deshalb das Streikrecht völlig unabhängig von der konkreten Funktion der Beschäftigten kategorisch auszuschließen. Die EMRK erlaubt zwar „rechtmäßige Einschränkungen der Ausübung dieser Rechte für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung“. Lehrkräfte gehören jedoch nicht zu diesen Gruppen.

Dass es am 1. März in den „GEW-Verfahren“ eine mündliche Verhandlung gibt, ist ebenso wenig selbstverständlich wie der Umstand, dass der EGMR das Verfahren direkt an die Große Kammer überwiesen hat. Diese wird nur bei sehr grundsätzlichen Fragen angerufen. Das deutet darauf hin, dass dieses Verfahren für den EGMR hohe Bedeutung hat. Dass es an diesem Tag eine Entscheidung gibt oder sich diese zumindest abzeichnet, ist eher unwahrscheinlich. Meist wird ein schriftliches Urteil erst viele Monate nach der Verhandlung vorgelegt.

**Der Dienstherr kann derzeit
verbeamtete und angestellte Lehrkräfte
gegeneinander ausspielen.**

Die GEW wird oft gefragt, warum sie dieses Verfahren führt. Manche Bedenkenräger warnen, dass Lehrkräfte nicht mehr verbeamtet würden, wenn man sie streiken ließe. Andere werfen der GEW Rosinenpickerei vor – die Lehrkräfte wollten wohl das Beste aus beiden Welten der Angestellten sowie der Beamtinnen und Beamten. All diese Vorwürfe gehen aber am Kern der Sache vorbei. Es geht um elementare (Menschen)Rechte, konkret um das Recht, sich Seite an Seite mit den Angestellten >>>



JETZT ANMELDEN:
10. Bildungsforum
am 02.03.2023
www.klimahaus-bremerhaven.de/bildungsforum

DAS WELTREISENDE KLASSENZIMMER

Im Klimahaus Bremerhaven gehen Schülerinnen und Schüler auf eine Klimareise um die ganze Welt. Sie können in der außergewöhnlichen Wissens- und Erlebniswelt:

- Verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert Denken und Handeln erlernen
- Nachhaltig und klimafreundlich kochen in der FRoSTA-Kochschule
- Mit Wissenschaftler/innen des Klimahauses diskutieren
- Wetter und Klima erleben und verstehen
- Fremde Kulturen und Lebensräume begreifen

Das Klimahaus Bremerhaven erhielt bereits mehrfach die Auszeichnung als Lernort der höchsten Kategorie des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Weitere Informationen unter www.klimahaus-bremerhaven.de



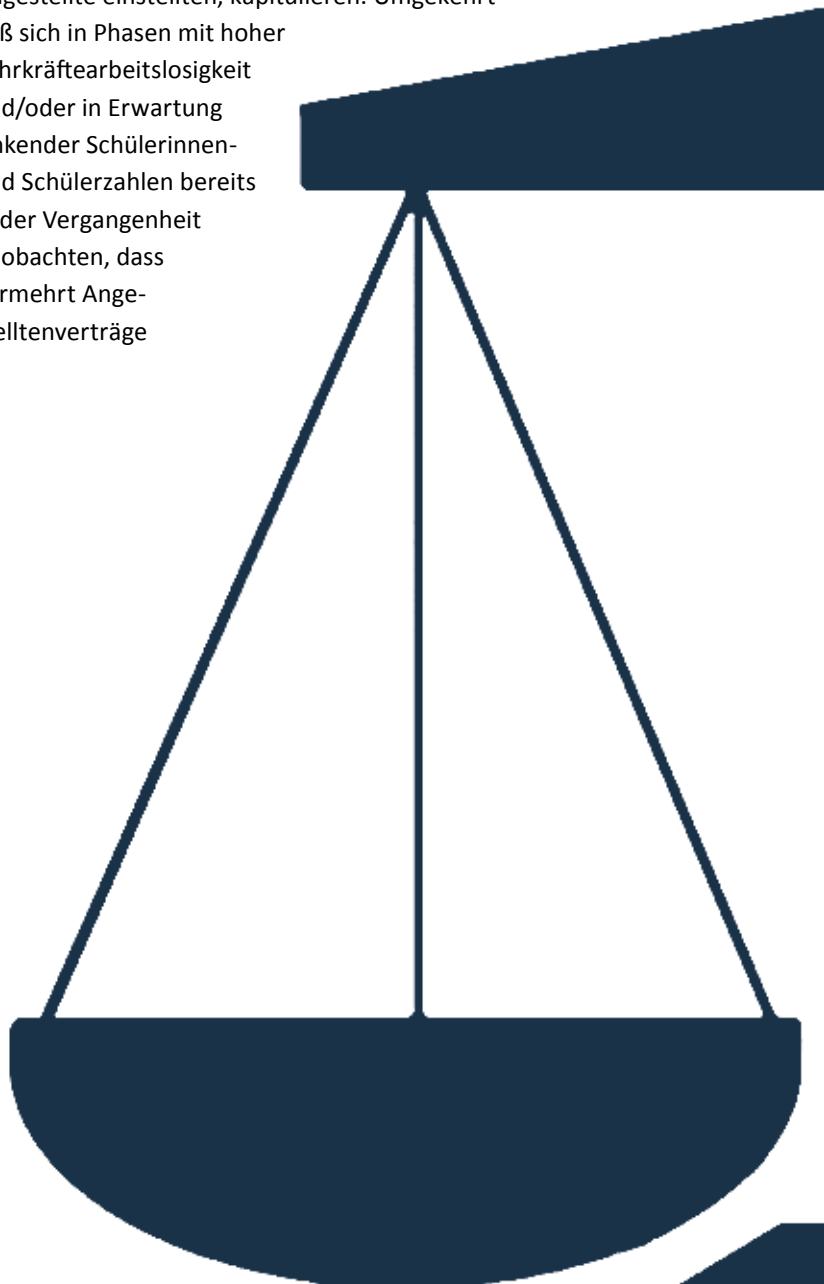
>>> auch mit dem Mittel des Arbeitskampfes für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Richtig ist zwar, dass verbeamtete Lehrkräfte in der Regel am Monatsende mehr Netto in der Tasche haben als angestellte Lehrkräfte mit gleicher Tätigkeit und Ausbildung. Beide leiden dabei gleichermaßen unter den hohen Belastungen des Jobs und unter überlangen Arbeitszeiten. Dass das so ist, hat aber sehr viel damit zu tun, dass es Angestellte und Beamte gibt, dass der Dienstherr beide Statusgruppen gegeneinander auszuspielen versucht und unter den derzeitigen rechtlichen Regelungen ein gemeinsamer Kampf aller Lehrkräfte nicht möglich ist. Streiks der Angestellten für eine bessere Eingruppierung verpuffen schnell in Kollegien mit mehrheitlich Beamten. Die meisten anderen Arbeitsbedingungen werden durch Beamten-gesetze geregelt, die auch für die Angestellten gelten, so dass Streiks dagegen für beide Gruppen verboten sind. Deshalb hat sich die GEW als Organisation zu einer sogenannten Drittintervention entschlossen, weil sie sich durch das Beamtenstreikverbot in ihren Rechten als Gewerkschaft eingeschränkt sieht: In ihrem zentralen Organisationsbereich – der Schule – kann die GEW ihre zentrale Aufgabe, die Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen, nur eingeschränkt wahrnehmen. Aus dem gleichen Grund haben auch der DGB und der Europäische Gewerkschaftsbund Drittinterventionen eingereicht. Das Argument, die Privilegien des Beamtenstatus seien hinreichend groß, um eine derartige Grundrechtseinschränkung zu rechtfertigen, verrät zudem ein sehr eigenartiges Grundrechtsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Grundrechte sind nicht verhandelbar. Sie sollten auch nicht durch Geld oder Privilegien abzukau- fen sein.

In Zeiten des Fachkräftemangels ist die Verbeamtung ein starkes Instrument – für Dienstherren und Beschäftigte gleichermaßen.

Bleibt zu guter Letzt die Befürchtung, wenn verbeamtete Lehrkräfte streiken dürfen, würden Lehrerinnen und Lehrer künftig nicht mehr verbeamtet. Abgesehen davon, dass bereits verbeamtete Lehrkräfte ohnehin nichts zu befürchten haben – auch für die Zukunft gibt ein Blick in die Verbeamtungspraxis der Bundesländer Entwarnung. Die Entscheidung für Verbeamtung oder Nicht-Verbeamtung war immer von finanziellen und vor allem arbeitsmarktpolitischen Erwägungen getragen.

Für den Dienstherrn ist eine Verbeamtung – zumal wenn keine Rückstellungen für die spätere Versorgung der Beamtinnen und Beamten gebildet werden – günstiger als die Beschäftigung Angestellter. Da zumindest im Westen alle Bundesländer bereits einen Berg Versorgungsausgaben für die Lehrkräfte der Vergangenheit mit sich herumschleppen, haben sie wenig Interesse, parallel dazu für die aktiven Lehrkräfte zudem hohe Sozialabgaben zu schultern.

Vor allem aber ist in Zeiten des Fachkräftemangels die Verbeamtung ein starkes Instrument – für Dienstherren und Beschäftigte gleichermaßen. Länder, die ihre Lehrkräfte nicht verbeamteten, haben im Wettbewerb mit anderen das Nachsehen. In dieser Hinsicht mussten in den vergangenen Jahren auch Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und zuletzt Berlin, die ihre Lehrkräfte als Angestellte einstellten, kapitulieren. Umgekehrt ließ sich in Phasen mit hoher Lehrkräftearbeitslosigkeit und/oder in Erwartung sinkender Schülerinnen- und Schülerzahlen bereits in der Vergangenheit beobachten, dass vermehrt Angestelltenverträge



abgeschlossen wurden, gerne befristet und gerne in unfreiwilliger Teilzeit. Statt eine verbesserte Schüler-Lehrer-Relation für pädagogische Verbesserungen und weniger Pflichtstunden zu nutzen, wollten die Landesregierungen die vermeintlich überzähligen Lehrkräfte möglichst geräuschlos wieder loswerden können. Die GEW steht für eine solidarische Arbeitswelt, in der Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte gemeinsam für ein besseres Bildungssystem und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen – wenn nötig auch mit dem letzten Mittel der Gewerkschaften: dem Streik. ■

Die mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer des EGMR, die auf Englisch und Französisch stattfindet, wird am 1. März 2023 ab ca. 14:30 Uhr auf dem Webcast des EGMR unter <https://www.echr.coe.int/> ins Netz gestellt.

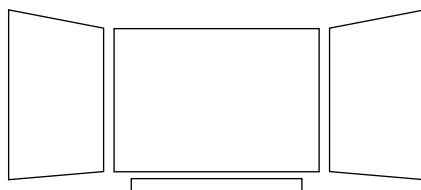
Was will die GEW mit der Klage erreichen?

Die GEW will das Beamtenrecht modernisieren. Sie will die Position der Beamtinnen und Beamten, der Lehrerinnen und Lehrer stärken. Bis heute sind diese vom Wohlwollen der Arbeitgeber in Bund, Ländern und Kommunen abhängig. Der Dienstherr verordnet, wie lange gearbeitet werden soll. Er entscheidet über die Einkommen, die Erhöhung oder Kürzung der Bezahlung und die Arbeitsbedingungen. Allein! Ohne ein demokratisches Mitspracherecht der Beschäftigten. Aus „Fürsorge“. Das hört sich stark nach Ständestaat des 18. Jahrhunderts, nicht aber nach dem 21. Jahrhundert an. Das will die GEW ändern, ohne dass sie den Beamtenstatus als solchen in Frage stellt.

Nach der mündlichen Verhandlung wird der EGMR – voraussichtlich – in den nächsten Monaten ein schriftliches Urteil fällen. Sollte dieses im Sinne der Klägerinnen und Kläger positiv ausfallen, wird die GEW den Auftrag, das Beamtenrecht zu modernisieren und ein Streikrecht gesetzlich möglich zu machen, gegenüber der Politik einfordern. Denn: Die Bundesrepublik muss den EGMR-Entscheid nicht automatisch in deutsches Recht umsetzen! Schlimmstenfalls muss die GEW erneut durch alle Instanzen ziehen. Geht das Urteil hingegen negativ aus, ist der juristische Weg beendet.

ur

MEHR ALS EIN JAHR OHNE SCHULE



JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

In Deutschland werden Asylsuchende nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Weil persönliche Netzwerke keine Rolle spielen, ist diese Verteilung unter Menschen aus Afghanistan, der Ukraine oder anderen Staaten sehr unbeliebt. Sie entscheidet auch über Bildungschancen mit.

Wer als junger Mensch flieht, lässt nicht nur die Heimat zurück, sondern meist auch eine Bildungslaufbahn. Weil Jugendliche oft auf verworrenen Wegen flüchten, waren sie durchschnittlich mehr als ein halbes Jahr nicht in der Schule, wenn sie in Deutschland ankommen. Nun hat sich herausgestellt: Bis das hiesige Schulsystem sie aufnimmt, dauert es noch einmal ähnlich lange. „Statistisch vergehen vom Zeitpunkt ihrer Ankunft sieben Monate, bis junge Geflüchtete in einem Klassenzimmer sitzen“, erklärt Gisela Will vom Leibniz Institut für Bildungsverläufe (LifBi). Mit Kolleginnen und Kollegen vom LifBi sowie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat sie

die Bildungswege geflüchteter 14- bis 16-Jähriger in fünf Bundesländern untersucht. Dabei stellte sich heraus: Die zugewanderten Schülerinnen und Schüler und deren Eltern haben wenig Einfluss auf den Start ihrer Bildungslaufbahn in Deutschland. Entscheidend sind hingegen zum einen organisatorische Themen, etwa die Frage von Schulplätzen, oder der Zeitpunkt des nächsten Schul- oder Halbjahresbeginns. „Aus Sicht der Schule ist es verständlich, auf diesen zu warten“, kommentiert Bildungssoziologin Will, „für die Jugendlichen jedoch zählt jeder Monat.“



*Manche Länder schulen
deutlich schneller ein.*



GISELA WILL,
LEIBNIZ INSTITUT FÜR BILDUNGSVERLÄUFE

Doch auch die Bundesländer entscheiden über die Startchancen mit. „Manche Länder schulen deutlich schneller ein als andere“, erklärt Will mit Blick auf Daten der ReGES-Studie (Refugees in the German Educational System), die fünf Länder mit ganz unterschiedlichen Regelungen im Blick hat: In Hamburg setzt die Schulpflicht nach der Ankunft ein, in Bayern nach drei Mona-



Foto: IMAGO/Fotostand

>>> Fortsetzung von Seite 24

ten. Nordrhein-Westfalen (NRW), Rheinland-Pfalz und Sachsen warten, bis die Menschen die Erstunterbringung verlassen konnten und einer Kommune zugewiesen wurden. Nach Beobachtung der Forscherinnen und Forscher kommen Jugendliche in Ländern, die bis zu dieser Zuweisung warten, bis zu zwei Monate später in die Schule als in Ländern, die die Schulpflicht davon losgelöst organisieren.

Seit 2018 werden 2.415 Kinder und Jugendliche im Rahmen der ReGES-Studie immer wieder zu ihrer Bildungslaufbahn befragt. Ausgewertet ist bisher nur die erste Fragerunde. Für die Zukunft hofft Will auch auf Erkenntnisse, was der Königsweg für einen erfolgreichen Start in Deutschland ist: getrennter Unterricht oder Integration in Regelklassen.

Werden Jugendliche erst einmal in eine niedrigere Schulform eingeschult, kommen sie aus dieser nicht so leicht wieder heraus.

Für beide Modelle führen Verfechter Argumente ins Feld: Spezielle Willkommensklassen ermöglichen gezielten Sprachunterricht und können zu Beginn ein Schutzraum sein; Regelklassen erleichtern die Integration und das Miteinander. Die fünf Länder gehen auch hier ganz unterschiedliche Wege: In Hamburg kommen geflüchtete Jugendliche fast immer erst einmal in Neuzuwanderer-

in Rheinland-Pfalz fast immer in Regelklassen. In Bayern, NRW und Sachsen gibt es Mischformen. Hinzu kommen kombinierte Modelle. „Die Längsschnittsdaten werden hoffentlich Antwort darauf geben, für welche Jugendlichen welche Bildungsalternativen besonders geeignet sind“, erwartet Bildungsforscherin Will.

Unterschiede zwischen den Ländern gibt es auch bei den Schultypen, die für 14- bis 16-Jährige als die richtigen erachtet werden: In Hamburg, NRW und Rheinland-Pfalz werden die Jugendlichen über alle Schulformen verteilt, in Bayern und Sachsen sind Neuzuwandererklassen grundsätzlich an niedrigeren Schulformen angesiedelt. Die Folge: Als die Forscherinnen und Forscher zu ihrer ersten Befragungswelle aufbrachen, trafen sie in Bayern und Sachsen 16 Prozent weniger Jugendliche am Gymnasium an als in den drei anderen Ländern.

Weil die meisten bereits seit rund drei Jahren in Deutschland lebten, ist folgendes Szenario zumindest wahrscheinlich: Werden Jugendliche erst einmal in eine niedrigere Schulform eingeschult, kommen sie aus dieser nicht so leicht wieder heraus. „Die Daten legen das nahe“, sagt Will, „mit Sicherheit kann das aber erst der Verlauf zeigen.“ Insgesamt lernt die große Mehrheit der geflüchteten Jugendlichen an Haupt- oder Realschulen sowie Schulen, die beides kombinieren. Nur etwas mehr als jeder Fünfte (22 Prozent) besucht ein Gymnasium. ■

Educational Policies Matter: How Schooling Strategies Influence Refugee Adolescents' School Participation in Lower Secondary Education in Germany: gew.de/ew-2-23



15-PUNKTE-PROGRAMM
GEGEN DEN LEHRKRÄFTEMANGEL

WO SIND SIE DENN, DIE LEHRER?

PAUL MUNZINGER

Redakteur der Süddeutschen Zeitung

In Deutschland gibt es zu wenig Lehrkräfte, weil zu wenige ausgebildet werden. Aber warum eigentlich? Ein Blick auf die Zahlen.

Seit 2015 führen die Bundesländer jedes Jahr ein statistisches Kunststück auf: Sie stellen mehr Lehrerinnen und Lehrer ein, als sie ausgebildet haben. 2021 durften sich, rein mathematisch gesprochen, 115 Prozent der fertigen Referendare über eine Stelle freuen, so steht es in der Übersicht der Kultusministerkonferenz (KMK). 2019 waren es sogar 125 Prozent. Es ist ein bisschen wie ein Bäcker, der 100 Teiglinge in den Ofen schiebt und 125 fertige Brote wieder herauszieht. Kann das mit rechten Dingen zugehen?

Kann es nicht. Die Zahlen zeigen, dass die Nachfrage der Länder größer ist als das Angebot an Lehramtsabsolventen. Und zwar chronisch. Also müssen sie freie Stellen anderweitig besetzen – vor allem mit Bewerbern, die kein Lehramt studiert haben, sogenannten Seiten- und Quereinsteigern. Oder gar nicht.

In Deutschland gibt es zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, um den Bedarf der Schulen zu decken. Und zwar, weil zu wenige ausgebildet werden. Wie kann das sein – wenn die Bundesländer nicht nur Arbeitgeber sind, sondern auch bestimmen, wie viele Studienplätze es gibt?

Es liegt zunächst daran, dass die Länder zu spät auf die demografische Entwicklung reagiert haben. Von 2011 bis 2016 stieg die Zahl der Geburten jedes Jahr, von

663.000 auf 792.000. Inzwischen liegt sie nach kleinen Schwankungen noch höher, bei 795.000. An den Grundschulen macht sich das seit ein paar Jahren bemerkbar, an den weiterführenden Schulen kommt der Zuwachs gerade an.

Absehbar aber war er schon vorher – ein Blick in die Geburtenstatistik hätte genügt. Doch um zu sparen, haben die Länder die Zahl der Studienplätze lange klein gehalten. Für das Grundschullehramt in Münster etwa, berichtet der Bildungsforscher Klaus Klemm, habe es noch vor wenigen Jahren einen Numerus clausus (NC) von 1,7 gegeben – obwohl der Lehrermangel längst da war.

Dass sich die Lage an den Schulen so verschärft hat, liegt auch an der hohen Zuwanderung der vergangenen Jahre. Allein aus der Ukraine sind seit Februar mehr als 200.000 Kinder und Jugendliche gekommen. Auch deshalb gab es 2022 so viele Erstklässler wie seit 17 Jahren nicht.

Das Lehramtsstudium verliert an Attraktivität.

Doch die Demografie beschert den Schulen nicht nur mehr Kinder, sondern auch weniger Erwachsene, die sie unterrichten könnten. 2013 betrug die Zahl der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife laut KMK-Statistik 371.000. 2019 waren es noch 332.000 – Tendenz weiter sinkend. „Angesichts der demografischen Entwicklung ist es absehbar, dass es auch mit großen Anstrengungen nicht gelingen kann, mittel- und langfristig genügend Lehrkräfte zu finden“, sagte Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) im Sommer vergangenen Jahres.

Diese Erkenntnis scheint in vielen Ländern noch nicht angekommen zu sein. Sie gehen in der Planung für die nächsten Jahre davon aus, dass das Angebot an Lehrern

>>>

>>> weitgehend gleichbleiben wird. Klaus Klemm nannte das in einer Studie „im hohen Maße unseriös“.

Dazu kommt: Die Zahl der Lehramtsabsolventen nimmt besonders stark ab. Laut Statistischem Bundesamt sank sie zwischen 2011 und 2021 von 33.500 auf 28.900 – ein Minus von fast 14 Prozent. Allein mit der Demografie lässt sich das nicht erklären, wie Klemm vorrechnet: Vergleicht man die Zahl aller Schulabgänger mit Hochschulreife mit der Zahl der Lehramtsabsolventen fünf Jahre später – so lange dauert ein durchschnittliches Studium –, dann zeigt sich: Der Anteil der Lehramtsabsolventen wird kleiner. 2010 betrug er 10,1 Prozent, 2016 nur noch 8 Prozent. Das Lehramtsstudium verliert offenbar an Attraktivität.

In Bayern lässt sich diese Entwicklung aufgrund der im Vergleich zu anderen Ländern guten Datenlage auch ohne Rechenumwege beobachten. Der Anteil der Lehramtsstudenten unter den Erstsemestern sank hier von 15 Prozent vor zehn Jahren auf aktuell 11,5 Prozent, wie der frühere Berliner Bildungsstaatssekretär Mark Rackles in einem Gutachten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ermittelt hat. In Bayern lässt sich auch nachvollziehen, wo die Studienanfänger vor allem ausbleiben: im Lehramt für die Mittelschule, die frühere Hauptschule. Die Zahl der Erstsemester brach dort zuletzt ein, von 1460 im Jahr 2017 auf 551 im Jahr 2021. Es ist vor allem das Lehramt für die Mittelschule, das in Bayern an Attraktivität verliert. Zu denen, die das Studium nicht anfangen, kommen die, die es nicht beenden. Zwar liegt die Abbrecherquote im Lehramt laut Deutschem Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) je nach Studiengang (Staatsexamen, Bachelor, Master) zwischen zehn und 20 Prozent und damit vergleichsweise niedrig. Doch daneben gibt es noch diejenigen, die ihr Studium nicht abbrechen, sondern die Fächer tauschen oder vom Lehramt in einen anderen Studiengang wechseln. Der Rostocker Bildungsforscher Falk Radisch spricht deshalb lieber von „Schwundquote“.

Diese Schwundquote, schätzt Radisch, liegt im Lehramt bundesweit bei 30 bis 40 Prozent – mit erheblichen Schwankungen je nach Studienort, Fächern und Schularten. In Rostock und Greifswald, das fand Radisch 2018 in einer Studie heraus, lag sie im Lehramt für Grundschulen am Ende der Regelstudienzeit bei grob der Hälfte der Studierenden, im Lehramt für das Gymnasium knapp darüber. Am schlimmsten erwischte es das Lehramt für die Sekundarstufe I – in Mecklenburg-Vorpommern für die Regionale Schule. Dort betrug der Schwund

GEW: 15 PUNKTE GEGEN DEN LEHRKRÄFTEMANGEL



1. Arbeitszeitreserven heben



2. Multiprofessionelle Teams bilden



3. Mehr IT- und Verwaltungsunterstützung



4. Gutes Geld für gute Arbeit – Attraktivität des Lehrkräfteberufs steigern



5. Studienplätze ausbauen, Studium verbessern



6. Ausländische Abschlüsse anerkennen



7. Vorbereitungsdienst stärken



8. Bezahlung der Anwärter*innen und Referendar*innen über Mindestlohn heben



9. Gemeinsamer Kraftakt Quer- und Seiteneinstieg



10. Beschäftigte ohne Lehramt begleiten und ihnen Perspektiven bieten



11. Mentor*innen stärken



12. Schulen in schwierigem Umfeld besser ausstatten



13. Neue Wege gehen



14. Kurswechsel bei Einstellungspolitik



15. Verbindlichkeit sichern

www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel

in Rostock 70 und in Greifswald 85 Prozent. Auch das spricht dafür, dass massive Personalnot vor allem den Schulen für jene Kinder bevorsteht, die nach der Grundschule nicht aufs Gymnasium gehen.

Geschichtslehrer fürs Gymnasium zu finden, ist weniger das Problem.

Und nicht nur die Schularten sind unterschiedlich stark betroffen, sondern auch die Fächer. In Fächern wie Sport, Deutsch und Geschichte gibt es viel weniger Schwund als in Physik und Mathematik. In den letzten vier Jahren, sagt Radisch, hätten in ganz Mecklenburg-Vorpommern drei Physik-Lehrer für Regionalschulen ihr Studium abgeschlossen. Nötig wären etwa 80 gewesen. Radisch leitet aus diesen Zahlen vor allem zwei Forderungen ab: Erstens brauche es mehr Daten zum Lehramtsstudium und auch zum Referendariat, um das komplexe Thema und gerade den Schwund besser zu verstehen. Zweitens reiche es nicht, mehr Studienplätze zu schaffen, um gegen den Lehrermangel vorzugehen. „Wenn wir im

Lehramt alle Studiengänge öffnen, bekommen wir mehr Geschichtslehrkräfte fürs Gymnasium, von denen es sowieso genug gibt“, sagt Radisch. „Wir gewinnen aber keine einzige Physik- oder Informatik-Lehrkraft dazu, weil die Kapazitäten hier in der Regel schon jetzt nicht ausgeschöpft werden.“

Stattdessen müsse gerade dort, wo Mangel herrscht, beides attraktiver werden: das Lehramtsstudium, etwa durch eine bessere Beratung. Und der Lehrberuf – indem man zum Beispiel die Stundenlast verringert. Den akademischen Anspruch im Lehramtsstudium zu senken, hält Radisch dagegen für keine gute Idee. Thüringens Kultusminister Helmut Holter hatte vor Kurzem infrage gestellt, ob Lehrer zwingend einen universitären Abschluss bräuchten. In den nächsten Jahren aber, da macht sich auch Radisch keine Illusionen, wird es in der Schule nicht ohne die gehen, die gar kein Lehramtsstudium absolviert haben: die Seiten- und Quereinsteiger. ■

Der Beitrag ist am 3. Januar 2023 zuerst in der Süddeutschen Zeitung erschienen.

Weiterführende Links zum Thema Lehrkräftemangel: [gew.de/ew-2-23](https://www.gew.de/ew-2-23)

MACH, WAS DIR GEFÄLLT

27. 04. 2023

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL JETZT!

#BOYS'DAY BOYS-DAY.DE

GESUNDHEIT
PFLEGE
SOZIALES
ERZIEHUNG
BILDUNG
DIENSTLEISTUNG
UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Jungen-Zukunftstag
Boys' Day

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Durchgeführt von
kompetenzz

MACH, WAS DIR GEFÄLLT

27. 04. 2023

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL JETZT!

#GIRLS'DAY GIRLS-DAY.DE

FORSCHUNG
INDUSTRIE
INFORMATIK
TECHNIK
WISSENSCHAFT
HANDWERK
UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

Girls' Day
Mädchen-Zukunftstag

Gefördert von
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Durchgeführt von
kompetenzz



Grafik: zpluz

GROSSE ENGPÄSSE IN DEN GRUNDSCHULEN

SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Der Lehrkräftemangel zeigt sich besonders an Grundschulen – allerorten sind Kollegien nicht komplett besetzt und überlastet. Darunter leidet die Betreuung der jüngsten Schülerinnen und Schüler. Ein Ausweg ist: eine bessere Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer.

Mike Litschko ist GEW-Kreisvorsitzender, Bezirkspersonalrat und Leiter von zwei Grundschulen im Harz – er muss Tag für Tag die Misere des Lehrkräftemangels hautnah erleben. „Überall fehlen Kolleginnen und Kollegen, Unterricht fällt aus“, erzählt er. „Wir schaffen es nicht mal, dass an allen Grundschulen vor jeder Klasse eine Klassenleiterin oder ein Klassenleiter steht.“ Er kenne eine Schule, an der allein im Dezember vergangenen Jahres mehr als 150 Stunden nicht regulär unter-

richtet werden konnten. Immer wieder müssten Klassen zusammengelegt werden, in denen dann bis zu 35 Kinder sitzen. Individuelle Förderung und gute Beziehungsarbeit? Fehlanzeige. „Wir brauchen alle verfügbaren Kräfte, um überhaupt unsere Öffnungszeiten abzudecken“, sagt Litschko. Die Kollegien seien völlig überlastet. Die Lage in vielen Einrichtungen in Sachsen-Anhalt und ganz Deutschland ist ähnlich: Grundschulen sind angesichts steigender Schülerzahlen und wachsender Anforderungen zum Sorgenkind geworden. In Sachsen-Anhalt etwa ist nach Zahlen des Bildungsministeriums in Magdeburg zu Beginn des Schuljahres fast jede zehnte Stunde ausgefallen. Die Unterrichtsversorgung habe zuletzt bei 92 Prozent gelegen – durchschnittlich. Kolleginnen und



Wenn die Landesregierung nicht endlich tätig wird, sind unsere Schulen bald leer.



EVA GERTH,
GEW-VORSITZENDE SACHSEN-ANHALT

Kollegen der GEW haben jüngst mit einer Mauer aus Umzugskartons vor dem Magdeburger Landtag protestiert. Mit dem Slogan „JA 13“ fordern sie, dass Lehrkräfte nach Entgeltgruppe E13 (Angestellte) oder nach A13 (Beamte und Beamtinnen) bezahlt werden, wie es in vielen anderen Bundesländern mittlerweile üblich ist (im Januar hat auch Hessen zugesagt, die Grundschullehrkräfte künftig nach A13/E13 zu zahlen, s. Seite 4). „Grundschullehrkräfte haben in Sachsen-Anhalt die höchste Unterrichtsverpflichtung und verdienen eine bessere Bezahlung“, sagt GEW-Landeschefin Eva Gerth. Einige würden inzwischen ihre Umzugskartons packen, um in einem besser zahlenden Nachbarbundesland zu arbeiten. „Wenn die Landesregierung nicht endlich tätig wird, sind unsere Schulen bald leer“, warnt Gerth. Auch viele andere Bundesländer melden enormen Bedarf in der Primarstufe. In Sachsen, hier erhebt die GEW regelmäßig die Zahl fehlender Kolleginnen und Kollegen, sind von knapp 8.500 Vollzeitstellen für Grundschullehrkräfte aktuell 492 nicht besetzt. Bundesweite Daten werden jedoch nicht erhoben. Doch selbst die Kultusmi-

nisterkonferenz (KMK) schrieb in einer Veröffentlichung vom März 2022: „Bei den Lehrämtern der Grundschule zeigen sich zum Teil große Engpässe.“ Die Situation sei bis 2025 „sehr angespannt“, erst in den Folgejahren bis 2035 trete wieder „etwas Entspannung“ ein. „Die KMK hat sich total verschätzt und ist von viel zu niedrigen Schülerzahlen ausgegangen“, sagt Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied für den Schulbereich. Davon seien Grundschulen jetzt härter betroffen als andere Schulformen. Die Politik habe sie jahrelang nicht angemessen unterstützt und nicht genügend in Personal investiert. Dabei sei die Belastung der Kollegien nicht nur in sozial benachteiligten und in Regionen mit sehr großen Klassen besonders hoch. „Diese geringe Wertschätzung rächt sich jetzt“, sagt Bensinger-Stolze. „Wir brauchen endlich bundesweit eine Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 und E13.“ Außerdem sei es unverständlich, dass an vielen Unis immer noch ein Numerus clausus den Zugang zum Lehramtsstudium regle und damit erschwere. „Die Politik“, sagt Bensinger-Stolze, „verschließt die Augen vor den Problemen.“ ■

FAQ YOU

WIE SOLLTE SEXUALKUNDE HEUTZUTAGE AUSSEHEN?

WIR SAGEN: **HYBRID!**

UNSERE WEBINARE

1 Mal pro Monat können Lehrbeauftragte sich in themenspezifischen Webinaren im Bereich der Sexualkunde weiterbilden und austauschen. Verschiedenste Referent:innen aus diversen Fachbereichen stellen in dieser einstündigen Online-Veranstaltung ihr Wissen und ihre Tipps zur Verfügung.


UNSERE ACADEMYS

Ganz im Sinne unseres "Peer-to-Peer"-Ansatzes geben wir ein Wochenende lang Jugendlichen unser Wissen und die notwendigen rhetorischen Werkzeuge an die Hand, damit sie im Anschluss jüngere Klassen an ihren Schulen in Form von Workshops aufklären können.



UNSER E-LEARNING

Digitale sowie analoge Einheiten führen die Klasse durch den Sexualkundeunterricht. Ausgelegt für etwa 3-4 Doppelstunden können die Basis- und Expertenmodule auch einzeln bearbeitet werden. Somit bietet das E-Learning der Lehrkraft maximale Flexibilität in der Unterrichtsgestaltung.


Gefördert durch:




Die Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler wird gefördert vom Bundesministerium für Gesundheit und durchgeführt von Jugend gegen AIDS e. V., Erik-Blumenfeld-Platz 27, 22587 Hamburg. Kontakt: lernen@faqyou.de



UNSER E-LEARNING IST KOSTENLOS.



[HTTPS://LEARN.FAQYOU.DE/](https://lernen.faqyou.de/)



„BILDUNGSARMUT“ ENTWICKELT SICH SCHLEICHEND

PETER WOLTERS
Schulsozialarbeiter

Warum (nicht) nur mehr Geld gegen Armut hilft – Beobachtungen aus dem Grundschulalltag.

Waldausflug am Schulvormittag, knapp zehn Minuten ist die 1. Klasse unterwegs. Etwa 500 Meter haben die Kinder im feucht-frischen Klima zurückgelegt, als Leonardo stöhnt: „Puh, Herr Wolters, wie lange noch? So viel bin ich noch nie gelaufen!“ Dabei nimmt er erschöpft seine Cap ab und wischt sich über die Stirn. Nun fällt beim leicht übergewichtigen, aber nicht adipösen Leonardo auf: Seine Haare sind trotz kühler Waldluft und nur wenigen Minuten Fußweg nassgeschwitzt. Thea (2. Klasse) steht am Abfalleimer und spitzt ihren Bleistift an – sie sollte eigentlich mit Blau unterstreichen, aber die Farbe hat sie nicht. Während sich das Mädchen um den Bleistift als Notlösung kümmert, läuft der Unterricht weiter. Kaum sitzt Thea an ihrem Platz und unterstreicht, bricht der Stift erneut ab und sie muss sich wieder zum Anspitzen begeben. Marius (3. Klasse) fehlen (mal wieder) einige Schulmaterialien und vor allem das Frühstück. Auf Nachfrage erklärt er schließlich etwas hilflos, seine Eltern hätten momentan kaum Geld. Erst übermorgen (Monatsanfang) sei wieder Geld da. Dann würden alle bei „Kiosk Bauer“ einkaufen. Die Kinder aus Julias 4. Klasse übernachten auf dem Bauernhof einer Mitschülerin. Kosten entstehen keine, nur An- und Abfahrt sind selbst zu organisieren. Ferner wird eine Spende für Abendessen und Frühstück erbeten. Trotz mehrfacher telefonischer und persönlicher Gespräche mit Mutter und Tochter (die gern dabei wäre), liegt bis zur Übernachtung keine schriftliche Erklärung über die Teilnahme vor. Einige Eltern wollten Julia sogar

abholen und anschließend wieder nach Hause bringen. Auch auf die Spende hätte verzichtet werden können. Die Mutter reagiert auf die Angebote jedoch nicht. Julia kann nicht teilnehmen.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Armutsrisikoquote um rund ein Drittel gestiegen.

Diese Beispiele aus der Grundschule belegen die vielschichtigen Auswirkungen von Armut. Dabei ist das Phänomen „Armut in der Grundschule“ nicht neu, erhält aber durch die aktuellen Entwicklungen (etwa steigende Preise und Mieten, unsichere Beschäftigungsverhältnisse) neue Brisanz.

Das Statistische Bundesamt ermittelte für 2021 eine Armutsgefährdungsquote von 15,8 Prozent, wegen methodischer Unterschiede gibt der Paritätische Gesamtverband den Wert mit 16,6 Prozent etwas höher an. Unabhängig davon ist der Trend besonders problematisch: So lag die Armutsrisikoquote 1998 bei 12,1 Prozent und ist demzufolge in gut zwei Jahrzehnten um rund ein Drittel gestiegen!

Die Politik versucht aktuell, der Entwicklung mit verschiedenen Maßnahmen mehr oder weniger zielgerichtet zu begegnen – von Energiekostenzuschüssen über Tankrabatte, Strom- und Gaspreisbremsen bis zu Steuersenkungen. Allerdings wird immer wieder betont: Der Staat könne nicht alle Kostensteigerungen kompensieren. Dies ist grundsätzlich richtig, verkennt aber die enorme Brisanz steigender Lebenshaltungskosten für arme Familien. Die Folgen unzureichender und vielfach fehlgeleiteter staatlicher Kostendämpfungsmaßnahmen zeigen sich unter anderem bei den Ausgabestellen der Tafeln, die ihrerseits den Ansturm nicht überall bewältigen können. Etwa ein Drittel der Tafeln hat inzwischen einen Aufnahmestopp verhängt, weil ein ehrenamtliches Unterstützungsangebot für viele Betroffene zur Regelleistung geworden ist: „Es ist verantwortungslos, wenn Behörden >>>



>>> Menschen zu einer Tafel schicken, ohne sich überhaupt zu erkundigen, ob die Tafel neue Kundinnen und Kunden aufnehmen kann“, erklärt Jochen Brühl, Vorsitzender des Tafel Deutschland e. V. „Wir helfen, so viel wir können, aber bleiben ein Zusatzangebot. Dass alle Menschen in Deutschland genug zu essen und zu trinken haben, muss der Staat gewährleisten, nicht das Ehrenamt.“

Schmerzhafter als materielle Einschränkungen sind oft Diffamierungen und Stigmatisierungen.

Armut ist allerdings nicht nur ein Mangel an finanziellen Mitteln, sondern umfasst viele Ebenen fehlender Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei geht es weniger um absolute Armut, sondern vielmehr um Entbehrungen, Ausschlüsse und Benachteiligungen im Verhältnis zum allgemeinen Lebensstandard. Schmerzhafter als materielle Einschränkungen können sich Diffamierungen und Stigmatisierungen auswirken. Die eingangs geschilderten Beispiele zeigen: Theas Eltern haben nicht viel Geld und kaufen günstige Schulmaterialien, die leider qualitativ nicht gut sind. Folge: Fällt ein Bleistift herunter, bricht die Mine im Stift und viele

Anspitzversuche sind zum Scheitern verurteilt. Somit verpasst das Mädchen immer wieder Unterricht – schleichend entwickelt sich „Bildungsarmut“. Leonardo war nach eigener Aussage noch nie im Wald – obwohl er auf dem Land wohnt – und sein junger Körper ist zehn Minuten Fußweg offenbar nicht gewohnt. Bei Julia hätte es für die Übernachtung eine rasche Lösung geben können. Selbst die Transportfrage wäre geklärt gewesen, es war aber der Mutter nicht möglich, die eigene Hilfsbedürftigkeit zu äußern bzw. Kontakt zu anderen Eltern herzustellen, um notwendige Absprachen (ohne finanzielle Verpflichtungen!) zu treffen. Marius' Familie ist seit mehreren Generationen beim Jugendamt, Sozialamt und anderen sozialen Diensten „aktenkundig“ – schon die Großeltern bezogen verschiedene soziale Unterstützungsleistungen. Ein Einkauf im Supermarkt oder Discounter heutiger Größe überfordert alle in der Familie. Weder Kinder noch Eltern oder Großeltern haben gelernt, sich in einem Verbrauchermarkt zurecht zu finden. Der Einkauf bei „Kiosk Bauer“ bietet die Sicherheit des Tante-Emma-Ladens von früher, allerdings sind die Preise der Waren höher. Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in der Grundschule müssen daher an mehreren Stellen ansetzen.



So sind soziale Transferleistungen bedarfsorientiert auszugestalten. Dies kann durch eine Kindergrundsicherung, anrechnungsfreies Kindergeld, ein wirksames Bildungs- und Teilhabepaket oder ähnliche Instrumente erfolgen. Davon könnten zum Beispiel Thea und Julia profitieren. Das neu geschaffene Bürgergeld, das das Arbeitslosengeld II ersetzt hat, ist hierfür viel zu gering bemessen.

Ansatzpunkte zur Bekämpfung der Armut in der Grundschule

Strategien gegen Kinderarmut müssen sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Löhne und Gehälter so anheben, dass sie „armutsfest“ sind (s. E&W 11/2021). Der Schulbesuch muss wirklich kostenfrei sein. Nicht nur die mehrere hundert Euro teuren Schulausstattungen überfordern viele Familien. Auch Mensaeissen, Klassenfahrten, Umlagen für Kopierpapier oder Bastelmaterial schlagen heftig zu Buche. Erforderlich ist zudem eine echte und unbürokratische Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle Kinder ohne gesonderte Antragstellung oder Bedürftigkeitsnachweis.

Familien, wie jene von Leonardo, Marius oder Julia brauchen persönliche Unterstützung, die über die Schule und deren Möglichkeiten hinausgeht. Ein Waldbesuch ist recht preisgünstig zu haben – vorausgesetzt, die Familie ist mobil. Die Eltern von Marius benötigen ein kleinschrittiges (Kennen-)Lernen des Selbstbedienungseinkaufs und der notwendigen Budgetplanung. Bei Julias Familie kann eine Begleitung der Eltern zu Elternabenden angezeigt sein, um Vorbehalte gegenüber anderen Familien abzubauen. Ein leicht verständlicher und günstiger Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), wie beim 9-Euro-Ticket, geht in die richtige Richtung, auch weil es sich an alle Bürgerinnen und Bürger richtete und die Nutzung somit stigmatisierungsfrei war. Solch günstige „Flat-Rate-Modelle“ wären auch für Kulturangebote wichtig. Um Armut in der Grundschule wirksam zu begegnen braucht es eine Reihe von Maßnahmen. Gegen Armut hilft allerdings nach wie vor vor allem eines: Geld – als armutsfester (Mindest-)Lohn, als bedarfsdeckende Transferleistung und zur Finanzierung sozialer Unterstützungsangebote, die bedarfsorientiert und niedrigschwellig ausgestaltet sein müssen. ■

Die Namen der Schülerinnen und Schülern hat die Redaktion anonymisiert.

Literatur: gew.de/ew-2-23

Wer wir sind

www.wusgermany.de

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitar-

beitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen**, durch **Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration**, sowie die

Förderung von Exilstudierenden, **Exilwissenschaftlerinnen** und **wissenschaftlern** und **Menschenrechtsverteidigerinnen** und **-verteidigern**.

Globales Lernen

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Stellen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.



Alle haben das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26 (1)

Wir retten Lebensmittel vor Ort. Und schützen dadurch Lebensräume weltweit.



Wir machen uns stark für unsere Mitmenschen und engagieren uns gegen Verschwendung.

Tafeln sind Orte der Begegnung. Die über 940 Tafeln in Deutschland helfen allen Menschen, die Hilfe benötigen. Unabhängig von Alter, sozialer oder ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Beeinträchtigung. www.tafel.de

TAFEL 
DEUTSCHLAND

VON DER MÜLLKIPPE ZUM ABITUR

KNUT HENKEL
freier Journalist

Cobán heißt die Stadt im Norden Guatemalas, in der der katholische Geistliche Sergio Godoy die „Schule der Hoffnung“ gegründet hat. Das um Gesundheits- und Hilfsangebote erweiterte Bildungsprojekt hat den Wandel in einem verrufenen Stadtteil auf den Weg gebracht. Nicht nur für Guatemala ein außergewöhnlicher Fall.

Der Fußball, der Suppentopf und das Bild des bärtigen Padre, mit dem alles begann, sind neben Bleistift, Noten und einem Früchte tragenden knallbunten Baum auf dem bemalten Eingangstor der „Stadt der Hoffnung“ zu sehen. Die „Ciudad de la Esperanza“ liegt oberhalb von Esfuerzo I, einem Armenviertel am Rande der im Hochland Guatemalas liegenden Stadt Cobán. „Unsere Schule befindet sich in einem Stadtviertel, das für viele Bewohnerinnen und Bewohner Cobáns immer noch eine von Gewalt geprägte Risikozone ist“, erklärt Byron Anibal Gómez. Für 411 Schülerinnen und Schüler zwischen fünf und 18 Jahren koordiniert der 34-jährige Rektor der „Schule der Hoffnung“ den Unterricht.

Der läuft so gut, dass die private Bildungseinrichtung mit öffentlichen wie privaten Schulen aus besseren Stadtvierteln Cobáns konkurrieren kann. Das sei kein Zufall, betont der Schulleiter. „Wir verfolgen einen umfassenden Ansatz. Zur ‚Stadt der Hoffnung‘ gehören die Schule, Gärten für den Lebensmittelanbau, das kleine Krankenhaus, unsere psychologische Praxis, das Team aus Sozialarbeitern sowie die Beauftragte für Menschenrechte, die Kollegin María del Rosario Piñera.“ All das stehe Schülerinnen und Schülern, ihren Familien sowie den Menschen aus Esfuerzo I offen. „Wir >>>



Foto: Knut Henkel



„INTRAFAMILIÄRE GEWALT IST EIN LATENTES PROBLEM IM STADTVIERTEL ESFUERZO I“, ERLÄUTERT DIE MENSCHENRECHTSBEAUFTRAGTE DER SCHULE, MARÍA DEL ROSARIO PIÑERA.



Fotos: Knut Henkel



Für uns war die Ernährung der Kinder von Beginn an zentrales Element. Mit leerem Magen lernt es sich schlecht.



PADRE SERGIO GODOY

>>> haben während der Corona-Pandemie den Kontakt zu den Familien gehalten, Lebensmittel und Schulmaterialien vorbeigebracht.“

Die staatlichen Institutionen haben das Stadtviertel sich selbst überlassen.

Das ist überaus wichtig, denn die Eltern vieler Schülerinnen und Schüler verdienen sich als Wertstoffsammler auf der nur 600 Meter von der Schule entfernten Müllkippe Cobáns ihren Lebensunterhalt. Geld für Computer, Internet und virtuellen Unterricht ist schlicht nicht vorhanden. Der siebenjährige Miguel, Sohn der Recycling-Sammlerin Laura Estévez, ist dafür ein Beispiel. Dem mageren Burschen mit den struppigen Haaren sieht man an, dass er keinen guten Start ins Leben hatte. Flackernder Blick, unsicher, oft unkonzentriert sei er und suche den Kontakt zu Lehrerinnen und zu mir, erzählt die Menschenrechtsbeauftragte Piñera.

Die 56-jährige Grundschullehrerin ist von Beginn an dabei, hat die Bildungseinrichtung vor knapp 20 Jahren gemeinsam mit Padre Godoy initiiert. Godoy, ein mittelgroßer, drahtiger Mann mit graumeliertem Bart, kam 2003 in die Diözese von Esfuerzo I. „Für mich war mein erster Spaziergang durch die Gemeinde mit dem Besuch der Müllkippe ein Schock: Ich sah, wie sich Kinder um Lebensmittel aus Abfalltüten balgten, während ihre Eltern Plastik, Glas, Blech und Kartonagen aus dem Müll sammelten.“ Mit einem Topf voller Suppe und einem Fußball tauchte er am nächsten Tag wieder auf, knüpfte Kontakte, kickte mit den Kindern und Halbwüchsigen und begann ein paar Tage später, sie zu unterrichten. Da entstand die Idee zur Gründung der Schule in einem Stadtviertel, das die staatlichen Institutionen sich selbst überlassen hatten. Kirchliche Kontakte im In- und Ausland sorgten für die Anschubfinanzierung für die private Schule auf städtischem Grund.

Vier Stunden pro Tag steht ein Arzt zur Verfügung, zweimal pro Woche kommen ein Zahnarzt und eine Psychologin in die Bildungseinrichtung.

„Für uns war die Ernährung der Kinder von Beginn an zentrales Element. Mit leerem Magen lernt es sich schlecht“, erklärt Padre Godoy. Der Geistliche scheut sich nicht, die regionalen Behörden in die Pflicht zu nehmen, kritisiert offen das politische Establishment in Guatemala. „Wir sind die ersten bei der Korruption, die letzten bei den Bildungsausgaben.“ Durch geschickte Kooperationen mit lokalen sozialen Trägern, kirchlichen Organisationen und US-Universitäten hat er das Angebot der „Stadt der Hoffnung“ stetig ausgeweitet. Vier Stunden pro Tag steht ein Arzt zur Verfügung, zweimal pro Woche kommen ein Zahnarzt und eine Psychologin in die etwas andere Bildungseinrichtung. Fachleute, die genauso die Augen und Ohren offen halten wie die 19 Lehrkräfte und die Menschenrechtsbeauftragte Piñera. „Intrafamiliäre Gewalt ist ein latentes Problem im Stadtviertel Esfuerzo I. Sie hat während der Pandemie zugenommen. Mitverantwortlich dafür sind beengte Wohnverhältnisse, drückende finanzielle Probleme und Alkoholmissbrauch“, sagt Piñera.

Deshalb würden sich auffällig verhaltende Kinder und Jugendliche befragt und zur Not in der betreuten Wohnung untergebracht, so Piñera. Ein Meilenstein im Kampf gegen sexuelle Gewalt war vor ein paar Jahren

die Verurteilung eines Familienvaters zu 27 Jahren Haft wegen Missbrauchs seiner drei Töchter. Das hatte einen positiven Effekt in Esfuerzo I, gerade weil Piñera und ihr Team Familien konsequent unterstützen. Das Urteil trug dazu bei, dass sich Kinder und Heranwachsende, aber auch Mütter heute selbstbewusster bewegen.

Der Erfolg der Schule bewirkte einen Wandel in der Politik der Stadt.

Ein Beispiel ist Gloria. Die Zwölfjährige hat gerade ihre Klasse verlassen und will mit ihrem Cousin Anderson nach Hause gehen. Die Schülerin weiß genau, was sie in fünf, sechs Jahren machen will. „Recht studieren, ich will Anwältin werden“, sagt sie und blickt um sich. Eine Lehrerin, die gegenüber Klassenarbeiten auf einer Bank sortiert, nickt anerkennend.

Etwas weiter unten im langen, mit hellen Farben gestrichenen Gang, von dem die Türen der Klassenräume

abgehen, wartet Amarilis Casado auf ihre 17-jährige Tochter Paola, die im nächsten Jahr Abitur machen wird und überaus zufrieden ist. „Die Schule öffnet viele Optionen. Ich habe nach dem Abi gute Chancen auf ein Stipendium für eine Ausbildung im gastronomischen Sektor. Das bieten nur wenige Schulen“, sagt sie. Zudem sei sie dank der Förderung durch die Lehrerinnen und Lehrer viel selbstbewusster geworden, blicke optimistischer in die Zukunft.

Das ist nicht nur ein Erfolg der Bildungseinrichtung und des jungen und engagierten Kollegiums, sondern auch des Wandels, der sich im Stadtviertel mehr und mehr bemerkbar und auch vor der Müllkippe nicht haltmacht. Kinder haben da schon länger keinen Zutritt mehr und deren Eltern dürfen nur noch an festen Tagen zum Sammeln der Wertstoffe kommen. Das hat die Stadtverwaltung verfügt, die die Deponie zudem sanieren und neu strukturieren will. Ein indirekter Effekt der kontinuierlichen Arbeit in der „Stadt der Hoffnung“. ■



PAOLA CASADO (LI.) MIT IHRER MUTTER AMARILIS. DIE 17-JÄHRIGE SAGT, DASS SIE DURCH DIE FÖRDERUNG IN DER „CIUDAD DE LA ESPERANZA“ VIEL SELBSTBEWUSSTER GEWORDEN SEI.

„ES GIBT VIELE DUBIOSE FREIWILLIGENPROJEKTE“



Foto: privat



Viele Volunteers kommen mit falschen Hoffnungen in Projekte und sind überfordert, auch von den kulturellen und sprachlichen Unterschieden.



JOSEPHINE HAMANN,
ECPAT DEUTSCHLAND E. V.

INTERVIEW: MARTINA HAHN
freie Journalistin

Wegen der Corona-Pandemie konnten viele Schulabgängerinnen und -abgänger nicht ins Ausland reisen, um dort als Freiwillige zu arbeiten. Nun boomt der „Voluntourism“ wieder – und verletze Kinderrechte mitunter massiv, mahnt Josephine Hamann von der Kinderschutz-Organisation ECPAT.

E&W: Frau Hamann, nach der Schule freiwillig in einem anderen Land zu arbeiten – was ist daran schlimm?

Josephine Hamann: Viele Volunteers wollen im Ausland Erfahrungen für das Leben sammeln – und anderen helfen. Das ist erst mal eine gute Absicht. Leider helfen sie nicht immer! Es gibt viele dubiose Freiwilligenprojekte, die Kinder ausbeuten. Etwa in Waisenhäusern Asiens oder Lateinamerikas. Oft haben die vermeintlichen Waisen noch Eltern. Die wurden aber überredet, ihr Kind wegzugeben; gelockt werden sie mit dem Versprechen, die Kinder lernten so Englisch oder bekämen regelmäßig Essen. Das ist ein klassischer Fall von Kinderhandel! Die Waisenhäuser wiederum machen Profit mit den Freiwilligen aus dem Globalen Norden – diese bringen über einen Teil der Vermittlungsgebühr oder Spenden ja Geld ins Projekt. Außerdem nehmen Freiwillige den lokalen Mitarbeitenden und Lehrkräften oft die Arbeit weg.

E&W: Welche Gefahren birgt Voluntourism noch?

Hamann: Die wenigsten Freiwilligen können Kompetenzen in der Kinder- und Jugendbetreuung oder didaktische Fähigkeiten vorweisen. Die aber braucht es, um Minderjährige gut betreuen und unterrichten zu können. Oft sprechen Volunteers die lokale Sprache nicht. Trotzdem werden sie mit den Kindern alleine gelassen. Das birgt zudem das Risiko, dass Kinder sexuell ausgebeutet werden – auch Straftäterinnen und -täter verschaffen sich über Projekte Zugang zu Kindern. Die wenigsten Vermittlungsagenturen verlangen die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses.

E&W: Immer mehr Anbieter tummeln sich auf einem immer schwieriger zu durchschauenden, lukrativen Markt. Fehlen verbindliche Standards für die Vermittlung, etwa zur Vor- und Nachbereitung eines Freiwilligenaufenthaltes oder zum Kinderschutz?

Hamann: Leider ja. Das belegt eine Studie von uns und TourismWatch aus dem Jahr 2018: 76 Prozent der untersuchten kommerziellen Anbieter verlangen keinen Lebenslauf der Freiwilligen. Fast niemand fragt nach Referenzen oder führt ein persönliches Bewerbungsgespräch vor der Abreise, mit dem man auch die Sprachkenntnisse der Bewerbenden prüfen könnte. Nur 16 Prozent der Veranstalter erkundigen sich nach Arbeitserfahrungen – ebenso wenige verlangen ein Motivationsschreiben.

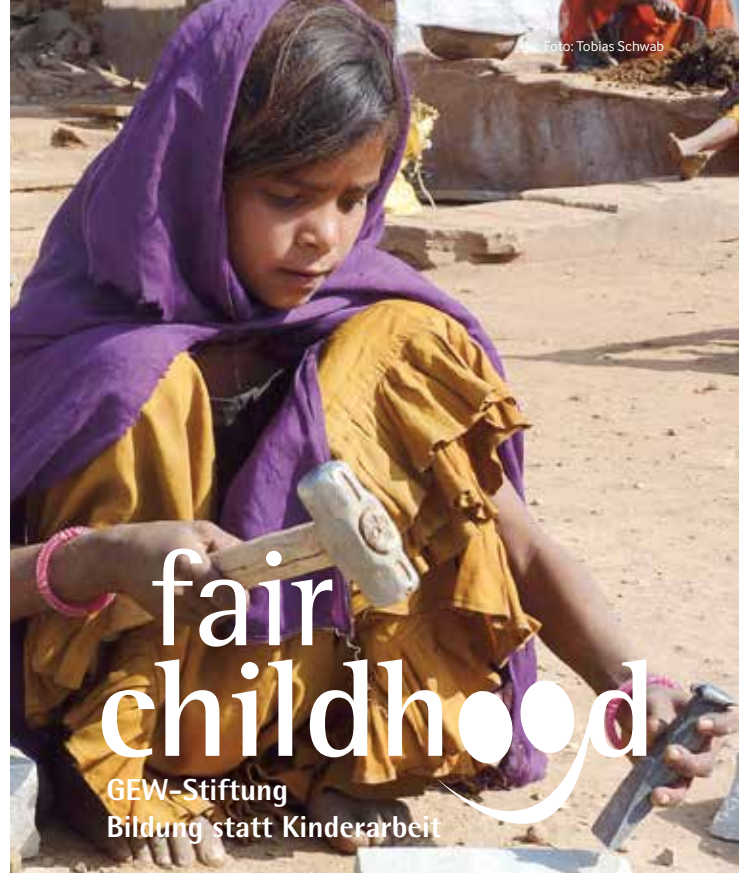
E&W: Wann sollten beim Durchforsten der Volun-tourism-Angebote die Alarmglocken läuten?

Hamann: Wenn der Anbieter stark auf armutszentriertes Marketing setzt, etwa: Weiße junge Frau hält abgemagertes, dunkelhäutiges Kind im Arm. Wenn eine extrem kurze Einsatzdauer von wenigen Tagen bis Wochen angeboten wird und keinerlei oder eine zu kurze Vorbereitungszeit vorgesehen ist. Und wenn Einsätze im Waisenhaus angeboten werden: Anbieter, die sich für Kinderschutz einsetzen, machen das nicht mehr.

E&W: Worüber sollten sich die Freiwilligen im Vorfeld klar sein?

Hamann: Über ihre eigenen Wünsche und Fähigkeiten. Viele Volunteers kommen mit falschen Hoffnungen in Projekte und sind überfordert, auch von den kulturellen und sprachlichen Unterschieden. Arbeit mit Kindern – das klingt erst einmal nach viel Spaß. Oft aber sind diese Kinder traumatisiert. Nicht alle Freiwilligen sind dem gewachsen.

So finden Sie einen seriösen Anbieter für Volun-tourismus:
gew.de/ew-2-23



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 02/2023

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Foto: privat

AXEL TROOST

EIN SCHWERER VERLUST

Anfang dieses Jahres ist der Ökonom und Politiker Axel Troost gestorben. Er koordinierte vier Jahrzehnte das alternative Wirtschaftsmemorandum.

Als zu Beginn der 1980er-Jahre die Dogmen des Neoliberalismus von den „Selbsteilungskräften des Marktes“ und dem „schlanken Staat“ immer mehr aufkamen, stellte sich die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit ihrem Memorandum diesem Trend entgegen. Die kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zu denen Axel Troost gehörte, forderten unter anderem Arbeitszeitverkürzung und ein staatliches Investitionsprogramm für Beschäftigung, Bildung und Infrastruktur. Nach dem Studium in Marburg lebten Axel Troost und seine Familie lange in Bremen. Neben der theoretischen Arbeit und der Koordination des Memorandums unterstützte er mit dem von ihm gegründeten PIW-Institut Alternativkonzepte vor Ort mit Gutachten zur Strukturpolitik. Auch für die Bremer GEW schrieb er eine Studie über den Nutzen der Altersteilzeit. 2010 zogen die Troosts dann nach Leipzig.

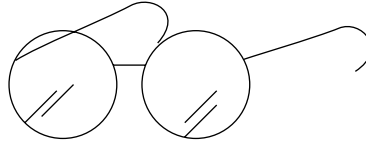
Als sich die Politik mit der „Agenda 2010“ immer mehr in eine fatale Richtung bewegte, gehörte Axel Troost 2005 zu den Initiatoren der „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die sich später mit der PDS zur Partei „Die Linke“ vereinigte. Er zog er in den Bundestag ein und wurde Mitglied des Finanzausschusses. Aufgrund seiner Fachkompetenz hat er dort manchen Achtungserfolg errungen. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 setzte er sich für eine stärkere Kontrolle der Banken ein. Er kritisierte die Schuldenbremse und drängte immer wieder – zum Teil gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD und der Grünen – auf eine sozial gerechtere und ökologisch verantwortungsvolle Politik.

Axel Troost konnte Theorie und Praxis verbinden. Er besaß Humor und Dialogfähigkeit. Am 6. Januar dieses Jahres ist er nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 68 Jahren verstorben. Für die Memorandumgruppe, für seine politischen Weggefährten, für viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist sein Tod ein schwerer Verlust. Die AG Bildungsfinanzierung der GEW wird ihn als kompetenten und inspirierenden Gesprächspartner vermissen. Die E&W hat einen wichtigen Autor verloren.

JÜRGEN BURGER

Leiter der AG Bildungsfinanzierung der GEW Bremen

MITGLIEDERFORUM



KULTUR DIENT ALLEN

(E&W 10/2022, SEITE 16 FF.: „EIN TREND ZUR FLÜCHTIGKEIT“)

Kultur bedeutet Pflege und Vervollkommnung eines der Verbesserung und Veredelung fähigen Gegenstandes durch den Menschen, besonders seiner eigenen Lebenstätigkeit. Hier kommen das Buch, die Fähigkeit des Lesens, Möglichkeiten der Weiterbildung, die eigene Tätigkeit sowie die Schule und das Elternhaus ins Gespräch. Kultur ist demnach nicht einfach die Summe aller materiellen und geistigen Werte, die der Höherentwicklung des Menschen dienen, sondern das System einander wechselseitig beeinflussender Beziehungen, Prozesse und Verhaltensweisen. Ein solches System besteht in der Beziehung zwischen dem Entwicklungsgrad menschlichen Schöpfertums, dem Prozess der Vervollkommnung des Menschen selbst, der ideologischen Widerspiegelung und Steuerung dieser Beziehung sowie der darin angesetzten Formung des geistigen Lebens sozialer Menschengruppen. Der Inhalt der Kultur in der demokratischen Gesellschaft hat der reale Humanismus zu sein, der dem Wesen einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, unserem Grundgesetz, entspricht.

Ulrich Bald, Hagen

NUR MUT, WERTE KOLLEGIN

(E&W 11/2022, SEITE 6 FF.: „ICH BIN EIN SPARMODELL“)

Dann leisten Sie keine Sekretariatsarbeit – lassen Sie einfach alles im Sekretariat liegen, was die ureigenste Arbeit der Sekretärin ist. Ich habe das 1994 praktiziert. Das städtische Schulamt drohte, der Oberbürgermeister

drohte. Das Sekretariat sollte drei Monate unbesetzt bleiben – ich sollte die 103,09 DM für der Stadt entgangenes Skonto bezahlen, oder – Vorschlag der Stadt – der Förderverein der Brötzingen Schule sollte dem Rektor aus der Patsche helfen. Wie endete alles? Natürlich haben weder ich noch der Förderverein die 103,09 DM an die Stadtkasse bezahlt, und nach sechs Wochen war das Sekretariat besetzt. Und ich wurde 2005 in allen Ehren in die Pension geschickt. Nur Mut, liebe Frau Schröder, keine Suppe wird so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde.

Udo Kaupisch, Pforzheim

DUALE AUSBILDUNG VERNACHLÄSSIGT

(E&W 11/2022, SEITE 22 F.: „VIELE HOCHQUALIFIZIERT, ZU VIELE ABGEHÄNGT“)

„International hinkt Deutschland bei der Akademisierungsquote hinterher“ beklagt Autorin Jeannette Goddar. Ein Satz, der mich verärgert, denn Akademiker lassen sich weltweit keineswegs vergleichen. In 14 Jahren Auslandsschuldienst in Tschechien und der Slowakei konnte ich mir von der nicht immer überzeugenden Qualität der Berufsausbildung dort ein Bild machen. Dort legt eine große Anzahl junger Menschen ein Abitur ab, etwa Krankenschwestern, Maurer, Elektrotechniker, Schreiner, um nur einige Beispiele zu nennen. Anstatt danach ins Berufsleben überzutreten, setzen sie ihre Ausbildung, oft auch fachfremd, an einer Hochschule fort, weil sie glauben, als Akademiker attraktivere Stellen zu bekommen. Dem Arbeitsmarkt gehen also wertvolle Fachkräfte verloren.

Wenn ich einen Wasserrohrbruch und die Wahl hätte, dann würde ich keinen tschechischen Klempner mit Abitur, >>>

sondern lieber einen solide dual ausgebildeten Installateur nach deutschem Muster um die Reparatur bitten. Seit Jahren reden wir Deutschen unsere bewährte duale Berufsausbildung klein und wollen universitäre Abschlüsse erzwingen, um in den Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) besser dazustehen – mit dem Ergebnis, dass uns inzwischen an allen Ecken und Enden Fachkräfte fehlen.
Andrea Hielscher, Straubing

PURER EGOISMUS

(E&W 11/2022, DIALOG SEITE 25: „ALTE LERNORTE NEU ENTDECKEN“)

Schulzeit ohne Studium, ohne Skepsis, ohne Kritik? In dem Text zum „Hallo, Hochschule“ kommt eine Auffassung von der Aufgabe des Lehrerberufs zum Ausdruck, die ich für falsch halte. Studiert wird erst nach dem Berufsleben? Rechenschaftslegung ist eine Last? Das Studium dient der „Bildung zur Persönlichkeitsbildung und der Selbstbestimmung“? Hier regiert der Egoismus. Mit der abendländischen (nicht christlichen) Bildungsauffassung der skeptischen paideia setze ich dagegen: Die Praxis des Menschseins und das lebenslange Studium der Pädagogik, das zur Bildung führt, gehören unaufloslich zusammen. Sonst verpfuscht man sein Leben. Skeptisch-kritische Rechenschaftslegung ist meine tägliche Pflicht gegenüber den Eigensprüchen von Sachen, Wesen und Mitmenschen. Bildung zur Persönlichkeitsbildung samt Selbstbestimmung dienen der Machtergreifung über Sachen, Wesen und Mitmenschen mit verheerenden Folgen für alle und alles. Wer am Gängelband der Bildungspolitik läuft, liefert sich und seine Schüler*innen unkritisch an jene aus.
Henrik Westermann, Lenningen

A13 – EIN LUXUSPROBLEM

(E&W 11/2022, SEITE 28 F.: „EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT“)

Gerechtigkeit ist ein großes Wort. Seit ich im Herbst 2016 erstmals Kontakt zur GEW aufnahm, geht es um die JA13-Kampagne. Dass wir freiberuflichen Lehrkräfte in Integrationskursen signifikant schlechter gestellt sind als Grundschullehrkräfte, das hat die GEW leider immer noch nicht deutlich genug im Fokus.

Für mich ist die Frage nach A13 ein echtes Luxusproblem! In der Schwangerschaft, bei Krankheit, in den Ferien, im Alter – von der Absicherung der Grundschullehrkräfte können wir als Selbstständige nur träumen. Von der Illusion, nach Leistung bezahlt zu werden, haben meine Kolleginnen und ich uns schon längst verabschiedet. Uns wird nicht einmal die 15-minütige „Pause“ zwischen den fünf Unterrichtseinheiten (UE) bezahlt, in der wir uns regelmäßig um Probleme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kümmern – ganz zu schweigen von Vor- und Nachbereitung, Korrekturen oder Teambesprechungen. Wie die GEW Hamburg kürzlich errechnete, bleiben uns von den 42,23 Euro pro UE gerade mal 9,07 Euro. Nur das Ehrenamt kommt den Staat noch billiger.

In der E&W 4/2020 hieß es noch: „Selbst der Minister schämt sich.“ Warum hakt die GEW da bei Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nicht mal nach? Für JA13 zahle ich meinen Beitrag jedenfalls nicht länger!
Simone Holzhäuser-Sutter, Dannstadt-Schauernheim

AUSBEUTUNG AUCH ANDERSWO

(E&W 11/2022, SEITE 40 F.: „LEGAL, ILLEGAL – KATAR“)

Der Autor Christoph Ruf spricht in seinem Artikel die Ausbeutung der Arbeiter in Katar und andere dort herrschende Missstände an, was richtig ist. Dies ist aber nur von Wert, wenn auch angesprochen wird, dass ein großer Anteil unseres Wohlstandes auf dauerhafter und nachhaltig schädigender Ausbeutung basiert – wie der Konsum von Bananen, Kakao und Kaffee, ebenso die Beschaffung wichtiger Rohstoffe für unsere Smartphones, Tablets, Laptops und Desktops. Auch ein Großteil unsererer Klamotten und Schuhe wird unter schlimmen Bedingungen produziert. Ein Boykottaufruf gegen Katar wäre nur sinnvoll gewesen, wenn man sich auch gegen diese Verhältnisse gestellt hätte.

Ich kann mich übrigens nicht an ähnliche Artikel in der E&W erinnern, in denen es um die Fußball-WM 2018 in Russland ging – einem Land, das die Krim völkerrechtswidrig annektiert hat und in dem Oppositionelle politisch verfolgt, entrechtet und ermordet werden. Oder auch zu Olympia 2022 in China – und das, obwohl die Menschenrechte dort ebenfalls mit Füßen getreten, viele Menschen ausgebeutet und auf unfassbare Weise diskriminiert werden.

Nadim Gharieb, Berlin

PUTINS LEGENDENBILDUNG

(E&W 10/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:
„SPRACHLICH NICHT AKZEPTABEL“)

Der Kollege Ulrich Bald strickt eifrig an Wladimir Putins Legendenbildung. Mit bestenfalls Viertelwahrheiten stellt er Russland als stets um Frieden bemühten Staat dar. Dabei verschweigt er den Bruch der Garantien auf Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, welche die Ukraine als Gegenleistung für die an Russland abgegebenen Atomwaffen erhielt. Russland zeigte deutlich, dass ihm das Budapester Memorandum von 1994 nicht das Papier wert ist, auf dem es formuliert wurde. Ebenso unerwähnt bleibt die brutale Vergewaltigung anderer Völker durch Russland wie in Tschetschenien oder Syrien. Mit der Zuweisung der Verantwortung für den Feldzug Russlands gegen die Ukraine an das Opfer gibt Kollege Bald deutlich zu erkennen, wo er steht. Nur durch die bewaffnete Aktion der Kiewer Regierung im Donbass sei ein furchtbarer Krieg entstanden – nicht etwa durch das terroristische Agieren irregulärer russischer Truppen und die imperialistischen Großmachtgelüste des Präsidenten Putin, meint der Kollege. Die mir unterstellte Desinformation fällt auf den Leserbriefschreiber selbst zurück.
Arnold Zech-Gudra, Berlin

SEHR VERÄRGERT

(E&W 11/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:
„PUTIN-TROLLE“)

Den Leserbrief „Putin-Trolle“ zu veröffentlichen, finde ich haarsträubend. Nachdem sich die öffentlichen Medien, aber auch der Spiegel und andere von einer halbwegs vernünftigen Berichterstattung verabschiedet haben, scheint diese Denke auch in der Leserbriefredaktion Einzug zu halten. Wie kann man so einen Leserbrief von jemandem, der selber ein „Troll“ ist, veröffentlichen? Eröffnet doch mal eine Diskussion zu dem Thema, aber publiziert nicht jeden hasserfüllten Kommentar – solche Meinungsäußerungen gehören in die „Bild“-Zeitung. Ich bin sehr verärgert.
Siegbert Bruders, Berlin

ENTSCHEIDENDE FRAGEN

Besten Dank für Ihren Leserbrief, Herr Kollege Michael Wolf. Sie bezeichnen diejenigen, die ihr altes Weltbild nicht auf den Prüfstand stellen, zu Recht als Putin-Trolle. Als Kol-

legen arbeiten sie lehrend und erziehend – gesichert durch unser freiheitliches System. Geschenkt, wenn sie nur Trolle wären! Deshalb sollte jeder – auch bei fehlender Kenntnis der behaupteten Zusammenhänge – deren Einflussnahme mit einfachen Fragen auf den heute entscheidenden Punkt zurückführen: Wer hat die vertraglich festgelegten Grenzen zum Nachbarn überschritten? Wer bombardiert Wohnhäuser und zivile Versorgungseinrichtungen seines Nachbarlandes, wobei Zivilisten zu Invaliden gemacht, getötet werden? Wer lässt seine Soldaten im Nachbarland mit Folter, Vergewaltigung, Morden an Zivilisten Angst und Schrecken verbreiten? Wer droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, falls seine Ziele nicht erreicht werden?
Wolfgang Wojahn, Bergisch Gladbach

VERSCHWENDUNGSPRODUKT

(E&W 12-01/2022-23, SEITE 4: „IN EIGENER SACHE:
KEINE E&W IM JANUAR 2023“)

Vor noch nicht langer Zeit wurde uns ein großer Fortschritt bei der Gestaltung von E&W angekündigt. Als das neue Konzept umgesetzt wurde, entpuppte es sich als ein modernistisches Verschwendungsprodukt: mehr Papierverbrauch bei weniger Information (große weiße Flächen und großformatige, aber zum faktischen Inhalt oft nichts beitragende Bilder, bei gekürzten Artikeln). Und nun wird „plötzlich“ das Geld knapp und man muss ein ganzes Heft einsparen. Es ist aber nicht plötzlich, denn die Inflation fing schon in 2021 langsam wieder an zu laufen. Wladimir Putins Angriffskrieg brachte diese dann mächtig auf Trab. Die Rohstoff-Verknappung und die westlichen Sanktionen haben uns in diesem Jahr eine sparsamere Wirtschaftsweise aufgezwungen. Deshalb meine Empfehlung an den GEW-Vorstand: Schaut Euch ganz alte Ausgaben von E&W an und werdet wieder so bescheiden wie damals!
Gerhard Steeger, Erlangen

REINE PAPIERVERSCHWENDUNG

Was läge näher, als bei Papierpreisproblemen die sowieso unnötigen Weißflächen und die riesigen Bilder einfach wieder abzuschaffen? Ihre Zielgruppe sind intelligente Leser/innen, die an Inhalten, nicht an halbleeren Seiten und überdimensionierten Fotos etc. interessiert sind. Absurd: eine Zeitung voller Papierverschwendung, so dass die nächste gar nicht mehr erscheinen kann!
Anja Wilken, Hamburg

Anm. d. Red.: Allein die höheren Portokosten, die die Post 2023 verlangt, haben die Streichung einer Ausgabe der E&W nötig gemacht. Die Portokosten steigen insgesamt um mehr als 8 Prozent, weil die Post zum Jahreswechsel 2022/23 das Porto erhöht und gleichzeitig E&W-Rabatte streicht bzw. kürzt. Das konkrete Volumen der Mehrkosten stand erst nach Drucklegung der Dezember-/ Januar-Ausgabe der E&W nach der letzten Verhandlung endgültig fest. Zudem schlagen – wie in dem Beitrag dargestellt – steigende Papier- und Druckkosten zu Buche.

MACHT FRAUEN SICHTBAR!

(E&W 12-01/2022-23, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKT „FACHKRÄFTEMANGEL IN DER BILDUNG“)

Das neue Format kommt barrierefrei, gut gelayoutet und ansprechend daher. Inhaltlich ist die Dezemberausgabe der E&W am Puls der Zeit. Doch die Bebilderung lässt vermuten, es ginge noch einmal schwerpunktmäßig um „Männer in pädagogischen Berufen“ (siehe E&W 5/2022). Wie kann es sein, dass Frauen fast unsichtbar bleiben? Es werden fünf Männer porträtiert und eine einzige Frau. Der pädagogische Bereich ist mehrheitlich weiblich. Es gibt unzählige engagierte Schulleiterinnen und Sozialarbeiterinnen oder Wissenschaftlerinnen, die über Qualitätsstandards im Ganztags forschen und im Austausch mit Verbänden, Gewerkschaften und Politiker*innen sind und euch fallen nur Männer ein, die Expertise haben? Und dann das „15-Punkte-Programm gegen Lehrermangel“ im Beihefter. Liebe Redaktion, bitte reflektiert das kritisch. Das Geschlechterverhältnis in der GEW ist eindeutig: 72 Prozent der Mitglieder sind weiblich und es gilt, diese in Kampagnen sichtbar zu machen – ebenso in der E&W, der bundesweiten Zeitschrift für die GEW-Mitglieder.

Elke Gabriel und Friederike Peiser, Berlin

Anm. d. Red.: Das Wort „Lehrermangel“ taucht in der E&W in der Überschrift des Beihefters mit dem „15-Punkte-Programm“ auf. Warum haben wir dieses Wort an dieser Stelle benutzt? Fast 90 Prozent der Zugriffe auf die Website der GEW erfolgen über Suchmaschinen wie „Google“. Deshalb muss die GEW mit ihren Themen hier hoch gerankt sein, sonst kommt kaum jemand auf die Seiten der GEW und nimmt ihre Aussagen wahr. Um hoch gerankt zu werden, müssen wir bestimmte Schlüsselbegriffe, also Stichworte, die die Menschen in Suchmaschinen eingeben, in der Überschrift, der Unterzeile

und/oder dem Vorspann eines Artikels platzieren. Das haben wir mit dem Begriff „Lehrermangel“ getan. Mit Erfolg: Im Dezember hatte das 15-Punkte-Programm die mit Abstand meisten Zugriffe aller Angebote auf der Website. In allen anderen E&W-Texten bzw. -Textteilen sprechen wir durchgängig vom „Lehrkräftemangel“.

WOHER DAS GELD NEHMEN?

(E&W 12-01/2022-23, BEIHEFTER IN DER HEFTMITTE: „15-PUNKTE-PROGRAMM GEGEN LEHRKRÄFTEMANGEL“ SOWIE SEITE 32 F.: „DER DRUCK MUSS AUFRECHTERHALTEN WERDEN“)

Es ist bekannt: Wir brauchen mehr Personal an vielen Stellen. Die 15 Punkte der GEW gegen den Lehrkräftemangel finde ich weitgehend sinnvoll, ohne mir in den Einzelheiten eine Meinung bilden zu können, denn mir fehlen Fachwissen und Erfahrung. Vieles hängt am Geld, an Löhnen, Gehältern. Ja, der Berliner Senat gibt schon mehr Geld dafür aus als bisher, doch woher soll das Geld kommen? Weniger Subventionen? Steuern anders verteilen, für die Bildung in anderen Bereichen kürzen? Ich würde gern wissen, was Berlins Finanzsenator dazu meint und was der finanzpolitische Sprecher der CDU entgegnet, auch die Bildungssenatorin und möglichst Praktiker aus den Bereichen Weiterbildung/Volkshochschule, Kita, Lehramtsstudium und Schule.

Johannes Müller, Berlin

Anm. d. Red.: Das 15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel ist aus Bundessicht formuliert und muss aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen in den Bundesländern in den GEW-Landesverbänden entsprechend modifiziert werden. Es gibt keine Auskunft über die konkrete Situation in einem Bundesland. Die GEW hat ein Steuerkonzept vorgelegt, mit dem sie zeigt, wie Bund, Länder und Kommunen ihre Einnahmen verbessern können: gew.de/ew-2-23

GUTER, KRITISCHER ARTIKEL

(E&W 12-01/2022-23, SEITE 26 F.: „BIG DATA IM BILDUNGSBEREICH“)

Schön, dass es diesen kritischen Artikel zum Digitalisierungswahn der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz gab! Natürlich ist es

wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, wie sich die Kommunikation und das soziale Verhalten unserer SchülerInnen, aber auch ihre Lesekompetenz und ihre Konzentrationsfähigkeit durch die Omnipräsenz der Handys verändern. Beschäftigung also ja, aber Digitalisierungsbegeisterung ist fehl am Platz. Besonders krass mutet der Vorschlag an, mit digitaler Medienbildung schon im Kindergarten zu beginnen, da doch evident ist, dass es den Kleinen zunehmend an motorischen Fähigkeiten mangelt. Und was zum Beispiel „Stärkung der Wissenschaftsorientierung durch den Aufbau einer Struktur aus Clearing, Transfer und Leading Houses“ sein soll, wie es auf Seite 104 des Berichts heißt, erschließt sich mir auch nicht. Vor allem aber geht es, wenn das Bildungswesen digitalisiert wird, um die Bedienung geschäftlicher

Interessen. Außer im Gesundheitswesen dürfte es kaum wertvollere Daten geben, als sie durch „Learning Analytics“ erzeugt werden.

Wendelin Himmelheber, Friedberg (Hessen)

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen. Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0** · anzeigen@stamm.de



**So leben
Lehrer/innen leichter**

10% Rabatt
Code: EW2564
Gilt nur für Art. 80008 + Art. 81550
Gültig bis 31.03.2023
www.timetex.de/gutscheincode-ew2564

Rabatt nutzen | Projekt planen

zum Wunschtermin ab 02/2023 liefern lassen



Zuchtset „Schmetterlinge“
7-tlg., mit 5 Raupen

- Distelfalter beobachten – von der Raupe zum Schmetterling
- Art. 80008-43

nur **36,90 €**



Zuchtset „Wildbienen“
5-tlg., mit 50 Kokons

- nachhaltige Wildbienenzucht
 - inkl. Unterrichtsmaterial
- Art. 81550-43

nur **159,- €**

Clausura-Koffer
gefüllt

nur **42,90 €**

- gefüllt mit 15 Mobil-Sichtschutz
 - für objektive Leistungserhebung
- Art. 70078-43

Zeitdauer-Uhr
„Automatik“ mit Ampelscheibe

- Ziffernblatt entspricht dem einer Uhr
 - mit Ablauf-Signal
- Art. 61978-43

nur **39,90 €**



DER ORBIT

Mobile Schreibunterlage für flexible Lernlandschaften

www.rocket-edu.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Röttmann & Langenkämper

Die Quintenzirkeluhr

und viele Lehrobjekte jetzt mit 5% Rabatt.
Rabattcode: EW23

uvds-design.com
webshop.uvds-design.com



Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de



TOSKANA

Urlaub im BIO-Weingut.

Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!

Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Beamtendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €
 Vorteilszins für dem öffent. Dienst
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500
 Kostenfrei anrufen
 öD-Beratung seit 1976



Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
AK-Finanz.de Unser Tiefzins **Echt sehr gut**
Kredite umschulden!
info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel.: (0621) 178180-0

DIESMAL



MONTAG	heizen
DIENSTAG	essen
MITTWOCH	heizen
DONNERSTAG	essen
FREITAG	heizen
SAMSTAG	essen
SONNTAG	heizen

Cartoon: Thomas Pläßmann

T. Pläßmann

WINTER DER INFLATION... WOCHENPLANUNG